

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

## Nazi-Kandidat: Wilhelm II

Hindenburg soll ausgeschaltet werden — Noch keine Zusage aus Doorn — Reichstag muß Gesetz gegen Fürstenkandidatur beschließen

### Das enträtselte Schweigen

b. j. Berlin, 22. Februar 1932.

Heute sind wir in der Lage, das große Geheimnis zu entschleiern, das die oberste Führung der Nationalsozialistischen Partei seit Wochen im engsten Kreise bewahrt. Alle Verhandlungen, die von Hitler selbst oder von seinen Beauftragten mit den Bundesgenossen der Harzburger Front in diesen Tagen um die Benennung eines Einheitskandidaten aller deutschen Faschisten geführt wurden, bezweckt nichts anderes als eine Verschleierung des wirklichen Planes. Der Schleier ist jetzt gerissen.

Hitler hat sich durch Vermittlung eines Angehörigen des ehemaligen Kaiserhauses nach Doorn gewandt um dem Chef der Familie Prinz von Preußen, dem ehemals regierenden Kaiser Wilhelm II., die Kandidatur für die Präsidentschaft des Reiches angetragen.

Er folgt damit dem Beispiel, das Mussolini ihm im Jahre 1922 gab, als er, entgegen allen früheren republikanischen Bekenntnissen, den König im Amte ließ.

Noch ist eine endgültige Zusage des letzten deutschen Kaisers an Hitler nicht ergangen. Aber es spricht immerhin einiges dafür, daß sie nicht verweigert werden wird. Wenn sie erfolgen sollte, so wird sie — und das ist die Rechnung Hitlers und der Seinen — folgenschwere Konsequenzen haben: deren erste und wichtigste wäre, daß Herr von Hindenburg seine Bewerbung um die Reichspräsidentschaft als bald zurückziehen, daß er, der erklärte Monarchist, unter keinen Umständen gegen seinen Kaiser auftreten werde. Darum geht es. Sehr wohl möglich, daß im Kreise des Führers der Gewaltschlag, den die Kandidatur des Exkaisers darstellen würde, erst für den zweiten Wahlgang vorbereitet wurde. Sicher ist jedenfalls, daß man in Hugenbergs Lager ahnungslos ist, daß von Hitler mit seinen Bundesgenossen über diese Kandidatur des Hohenzollern nicht gesprochen wurde, daß es also Hitler mit der „Einheitskandidatur“ alles andere denn ernst ist und daß er weit eher beabsichtigt, nach der aus Doorn eingegangenen Zustimmung auf eigene Faust die Kandidatur des Exkaisers zu verkünden und Hugenberg, Seidte, Graf von der Goltz und Graf von Kalkreuth in Schleppe zu nehmen.

Die Erklärungen, die Hitler kürzlich im Sportpalast abgab, als er aussprach, daß ein ganzes Volk „Schreie der Rage“ ausstoßen würde, wenn er, der Führer, den Mann seiner Wahl für den Reichspräsidentenposten bekanntgeben würde, ist fast durchweg auf die Möglichkeit bezogen worden, daß Hitler sich selbst meinte. Auch die an anderer Stelle wiederergebene Mitteilung des Berliner Korrespondenten des „Giornale d'Italia“ über die ihm von Hitler gemachten Bekenntnisse über die Person des Kandidaten ist heute morgen noch von dem Hugenbergschen „Montag“ auf Hitler bezogen worden. Nach unserer Information scheint auch diese Äußerung des italienischen Journalisten, der von Hitler den Namen seines Favoriten er-

fahren hat, viel eher auf Wilhelm II. hinzudeuten.

Zu bedenken gibt auch der Umstand, daß es jetzt um die Einbürgerung Hitlers plötzlich sehr still geworden ist.

**Parole:**

### Anti-Hohenzollern-Gesetz!

Die Situation ist ernst. Jetzt rächen sich die Sünden der Republikaner, die nicht bei Zeiten Vorsorge dafür getroffen haben, daß ein Mitglied des ehemals regierenden Hauses nicht wieder an die Reichsspitze gelangen dürfte, wie andere Republiken das gewissermaßen als Bestandteil ihres Grundgesetzes verfügt haben. Vielleicht läßt sich das Versäumnis noch nachholen. Am Dienstag tritt der Reichstag zusammen. Sozialdemokraten und Kommunisten müssen sofort die Beratung eines Initiativ-antrages verlangen, der, zum Gesetz erhoben, noch in letzter Minute monarchistische Restaurationsbestrebungen, wie die eine ist, zu deren Vollstrecker sich Hitler aufschwingen will, im Keim ersticken könnte!

### Nazis sagen: Hitler ist es nicht!

Eine Bestätigung unserer Nachricht?

TU. Berlin, 22. Februar 1932

Von der NSDAP werden die Pressenachrichten, die von einer Präsidentschaftskandidatur Hitlers wissen wollen, nicht bestätigt. Es wird von der zuständigen Stelle betont, daß die Partei sich ihre Stellungnahme noch durchaus vorbehalten hat und zu gegebener Zeit an die Öffentlichkeit treten werde.

Vielleicht läßt unsere Nachricht ihnen jetzt das Konzept verhaseln.

### Duesterberg — Kandidat Hugenbergs

TU. Berlin, 22. Februar 1932.

Im Zusammenhang mit den Pressenachrichten, daß die NSDAP als ihren Präsidentschaftskandidaten Adolf Hitler ausrufen wird, hört die TU, daß die DNVP und der Stahlhelm beschlossen haben, in diesem Falle, um auch die letzte nationale Stimme im Kampfe gegen das heutige System zu erfassen, gemeinsam den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, als ihren Kandidaten für den ersten Wahlgang zu stellen. Wie wir weiter hören, halten sowohl die Deutschnationalen als auch der Stahlhelm an dem Gedanken der Harzburger Front fest und rechnen mit der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der nationalen Front für den zweiten Wahlgang.

Hugenberg weiß wohl noch nichts von Hitlers Gala-Projekt mit dem ehemaligen Kaiser. Er tappt noch im Düstern.

### Sie holen zum entscheidenden Coup aus Proletarier, seid gewappnet!

Rom, 22. Februar 1932.

Das „Giornale d'Italia“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten Dr. Stendardo mit Adolf Hitler. Hitler bestätigte, daß die NSDAP die Reichspräsidentenwahl als „ihre Entscheidungsschlacht“ ansehe. Auf die Frage nach der Volkstümlichkeit Hindenburgs erklärte Hitler: „Er glaube es ohne weiteres ausschließen zu können, daß ein Deutscher von nationaler Gesinnung seine Stimme dem von uns bekämpften System geben kann, es sei denn, daß er selbst Anhänger desselben ist.“

Frage: „Können Sie mir sagen, ob Ihre Partei so weit entschlossen ist, den Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten zu kämpfen, daß sie nicht mehr zögern wird, ihre Reserven bis zum letzten Mann einzusetzen, sondern sich auch nicht scheuen wird, ihre besten Namen in den Kampf zu werfen?“

Antwort: „Wir bereiten uns auf diesen Zusammenstoß vor, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden kann, wie auf eine Feldschlacht.“

und werden, wie in einer Feldschlacht, nicht mit Opfern geizen.“

„Auf meine“ so berichtet Stendardo weiter, „an Hitler gerichtete genaue Frage nach der Person erhielt ich eine Antwort, die ich nicht wiedergeben kann.“

„Ich bin aus dem „Kaiserhof“ fortgegangen“, so schließt Stendardo, „mit dem deutlichen Eindruck, daß das deutsche Drama in kürzester Zeit seinen entscheidenden Abschnitt beginnen wird und daß die beiden entgegengesetzten Regierungssysteme sich gegenüberstehen werden, vertreten durch die beiden volkstümlichsten Persönlichkeiten Deutschlands.“

Auch diese Äußerungen Hitlers lassen durchblicken, daß der Nationalsozialismus zum entscheidenden Schlag, unter Umständen auch auf dem Wege eines neuen Putsches, ausholt. Um so zwingender wird die Pflicht zur proletarischen Sammlung gegen Faschismus und Kapitaldiktatur!

### Warum die Drewitz-Partei Hindenburg propagiert

Die Wirtschafspartei veranstaltete am Sonntag in Berlin eine „Volkstrauerfeier“. Dabei forderte der Parteivorsitzende Drewitz die Wiederwahl Hindenburgs. Der Fehler des heutigen Staates sei in der Außerachtlassung der großen Bedeutung der bürgerlichen Grundsätze zu erblicken. Erst wenn diese Grundsätze gegenüber den sozialistischen Tendenzen wieder voll zur Geltung kämen, werde es möglich sein, über alle Parteigegensätze hinaus, Deutschland einer Erneuerung und einem Wiederaufbau entgegenzuführen.

### Die Siegfriedlinie

Berlin, 22. Februar 1932.

Nach einem Referat des Parteivorsitzenden Weis beschloß der Parteiausschuß der SPD nichts zu beschließen und die Auswahl des Präsidentschaftskandidaten der SPD dem Parteivorstand zu überlassen.

### 6 127 000 Arbeitslose

Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern 6 127 000 Arbeitslose gemeldet, demnach hat sich das Heer der Arbeitslosen in der ersten Februarhälfte noch einmal um 85 000 Personen vergrößert. Von den Arbeitslosen waren nur noch 1 880 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Unterstützten in der Krisenfürsorge betrug 1 643 000.

### Geheimjustiz am Pranger?

Klarheit über Weltbühnenprozeß?

TU. Paris, 22. Februar 1932.

Das „Echo de Paris“ beschäftigte sich am Sonntagabend mit dem Leipziger Weltbühnenprozeß gegen den Herausgeber von Ossietzki und den Verfasser des Artikels „Windiges aus der Luftfahrt“, Kreiser, und behauptet, sich jetzt

im Besitze der offiziellen und geheimen Prozeßakten

zu befinden. Daraus gehe ganz deutlich hervor, daß Deutschland nach seinem eigenen Eingeständnis

die Bestimmungen des Versailler Vertrages in Bezug auf die Luftfahrt verletzt habe und seine Luftflotte wieder aufbaue. Die Veröffentlichung dieser Aktenstücke wäre die beste Antwort auf die Rede des deutschen Delegationsführers Nadolny in Genf. Im einzelnen führte das Blatt aus, daß die Reichsanwaltschaft in Leipzig die Richtigkeit der von den beiden Angeklagten enthüllten Tatsachen anerkannt habe, aber sie habe ihre Veröffentlichungen für geeignet gehalten, das Reich schwer bloßzustellen. Kreiser habe bei seinen Enthüllungen demnach nur zu klar gesehen. „Echo de Paris“ kündigte an, die Gerichtsakten am Montag zu veröffentlichen.

Bekanntlich wurden Kreiser und von Ossietzki am 23. November vorigen Jahres vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts wegen Verbrechens gegen § 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse zu je einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand „wegen Gefährdung der Staatssicherheit“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

### „Wahl“-Sieg der japanischen Militaristen

TU. Tokio, 22. Februar 1932.

Nach den Wahlergebnissen bis Montag früh erhielten die

Seiyukai (Regierungspartei) . . . 168 Sitze  
Minseitō (liberale Opposition) . . . 96 Sitze  
Proletarier . . . . . 4 Sitze  
Koreanische Partei . . . . . 1 Sitz

Im ganzen sind 466 Parlamentssitze zu besetzen.

## Schlag gegen Trotzki

Sowjetrussisches Bürgerrecht entzogen

Moskau (über Kowno), 22. Februar 1932.  
Das Präsidium des Zentralvollzugsausschusses hat nach einer sowjetamtlichen Mitteilung eine Liste von im Ausland lebenden Emigranten veröffentlicht, die bisher noch im Besitz eines Sowjetpasses sind und die wegen ihrer gegenrevolutionären Tätigkeit die Bürgerrechte in Sowjetrußland verlieren. Ihnen wird die Ehreise in die Union der Sowjetrepubliken auch mit Papieren ausländischer Mächte verboten. Die Liste enthält 37 Namen von Mitgliedern der Trotzki-Organisation, der ehemaligen sozialrevolutionären Partei, der sozialistischen Menschewisten usw. In der amtlichen Mitteilung werden folgende Namen besonders genannt: Trotzki, Abramowitsch, Dan, Garwi, Potrosow, Domanewskaja.

## Der Haag soll entscheiden

Siegesbericht über die litauische Frage

Die deutsche Presse ist voll von dem neuen „Sieg“, den Deutschland wieder einmal gegen Litauen in Genf erfochten hat. Der deutsche Gesandte von Bülow hat natürlich eine ebenso scharfe wie höfliche Rede gehalten, während der litauische Außenminister Zaunius sich ebenso natürlich schlecht genommen hat. In der litauischen Presse — man kann darauf wetten — steht genau umgekehrt. Es wäre Zeit- und Platzvergeudung, auf Einzelheiten einzugehen. Die Hauptsache: den nationalistischen Kindern ist ein neues Spielzeug in die Hand gedrückt und „Großmama“ Brüning bekommt — so hofft sie — etwas Ruhe. Aber ob die Kinderchen sich zufrieden geben? Wir glauben's nicht.

Als Tatsache ist zu vermelden: die Sache kommt an den Haager Gerichtshof; er wird entscheiden.

## Proletarierblut

ist nicht kostbar!

Polnische Polizei erschießt Arbeiter

WTB. Sosnowitz, 22. Februar 1932.

Gestern mittag kam es bei Bendzin in der Arbeiterkolonie Xavera anlässlich einer von Kommunisten einberufenen Versammlung, an der mehrere 100 Arbeiter teilnahmen, zu blutigen Zusammenstößen. Eine Polizeipatrouille, die in der Nähe der Versammlung vorbeimarschierte, wurde von der Menge angegriffen und mit Steinen beworfen. Aus den Fenstern der Häuser und aus zahlreichen Höfen wurden Schüsse auf die Polizeibeamten abgegeben. Angesichts der drohenden Haltung der Angreifer sahen sich die Beamten genötigt, einige Schreckschüsse abzufeuern.

Als diese keinen Erfolg hatten, wurden mehrere scharfe Schüsse auf die Angreifer abgefeuert,

wobei eine Person getötet und eine zweite so schwer verletzt wurde, daß sie im Krankenhaus ihren Verletzungen erliegen ist. Ein dritter Demonstrant und ein Polizeibeamter wurden leicht verwundet. Die Untersuchungsbehörde und die Polizei haben sofort energische Schritte unternommen, um die kommunistischen Agitatoren, die die Zusammenstöße provoziert haben, zu ermitteln und zu verhaften.

(Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß dieser wohl auf dem offiziellen Polizeibericht fundierten Meldung und Darstellung nicht mehr als der übliche Grad von Glaubwürdigkeit — also ein sehr geringer — zukommt. D. Red.)

## Prager Koalitionskabinetts im Wanken?

Agrarier-Hetze gegen Dr. Czech

TU. Prag, 22. Februar 1932.

Die Schwierigkeiten in der Prager Regierungsmehrheit werden von Tag zu Tag größer. Die tschechische Gewerbetreibende erklärte, die geplanten Steuererhöhungen nicht mitmachen zu können und droht mit dem Austritt aus der Regierungsmehrheit.

Ein schwerer Konflikt ist zwischen den sozialistischen und den agrarischen Parteien wegen der Arbeitslosenunterstützung ausgebrochen.

Die tschechischen Agrarier greifen den Fürsorgeminister Dr. Czech persönlich an und verlangen eine scharfe Überwachung der Arbeitslosenunterstützungen.

In einer großen Kundgebung in Karlsbad nahmen die deutschen Sozialdemokraten gegen diese Bestrebungen Stellung. Abgeordneter de Witte erklärte, wenn in das deutsche Gebiet mehr Unterstützungsgelder fließen, so sei das darauf zurückzuführen, daß hier die Arbeitslosigkeit doppelt so groß sei, wie im tschechischen Gebiet. In einer Entschließung wird erklärt, die deutschen Sozialdemokraten weisen die infame Hetze zurück, die unter der Führung der Partei der Restgutbarone gegen den Minister Dr. Czech vor sich geht.

Zurück in die Barbarei? Nach den Montagsblättern erklärte Bundeskanzler Buresch in einer Wählerversammlung, die Regierung habe die Absicht, sich an das Volk mit der Frage zu wenden, ob es der Wiedereinführung der Todesstrafe zustimme, die jetzt wegen der Aufsehen erregenden Mordtaten der letzten Zeit von allen Seiten gefordert werde.

# Pleiten-Sozialisierung

## Steuermillionen für verkrachte Banken

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 folgende

Notverordnung,

erlassen hat:

Die Reichsregierung ist im Hinblick auf die Wirtschaftskrise ermächtigt, zum Zwecke der Sanierung von Bankunternehmen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Sie kann für solche Zwecke insbesondere

a) das Reich an Bankunternehmen beteiligen und die erforderlichen Einlagen leisten sowie erworbene Beteiligungen veräußern,

b) Abweichungen von den Vorschriften des Handelsrechts für einzelne Fälle oder Fälle bestimmter Art zulassen,

c) Sicherheiten zu Lasten des Reichs übernehmen,

d) zu Lasten des Reichs vor Inkrafttreten dieser Verordnung übernommene Sicherheiten ablösen oder Ausschußfristen für das Erlöschen solcher Sicherheiten setzen.

e) Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen Reichsmark verausgaben,

f) bis zu 400 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits beschaffen.

Damit ist das eingetretene, was wir vorausgesagt haben: das Reich stellt in erheblichem Umfang Mittel zur Sanierung der verkrachten Banken zur Verfügung.

ohne sich irgendwelche entscheidenden Befugnisse ihrer Kontrolle zu sichern.

Wir werden im Zusammenhang mit der Rundfunkrede des Reichsfinanzministers morgen ausführlich auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Hochbetrieb bei den Banken Text

Berlin, 22. Februar 1932

Bei den Berliner Banken herrschte heute Hochbetrieb. Überall waren die Aufsichtsräte versammelt. Es galt, Hand an die letzten Maßnahmen zu der seit langem geplanten Sanierung des deutschen Großbankensystems zu legen. Es steht nunmehr endgültig fest, daß die Danatbank von der Bildfläche

verschwindet

und in der Dresdner Bank aufgeht. Die Einbeziehung der DD-Bank in diese Fusion scheidet — wenigstens vorläufig — noch aus. Von der Danatbank tritt nur Bodenheimer in den Vorstand der Dresdner über, während Goldschmidt einen Sitz im künftigen Aufsichtsrat der Dresdner Bank erhält.

Damit ist aber nur die rein technische Seite des Problems gelöst. Weit entscheidender ist die Lösung der finanziellen Seite, und hier dürfte es ohne einen riesigen Rückgriff auf die Reichsbank bzw. die von ihr abhängigen Finanzinstitute des Reichs nicht abgehen, was praktisch natürlich auf eine neue Verschärfung der Finanzlage dieser Institute hinausläuft. Das ist um so bedenklicher, als die Reichsbank gerade in der allerletzten Zeit wieder umfangreichen Anforderungen ausgesetzt war. Nicht nur mußte sie 140 Millionen Mark zur Finanzierung der Osthilfe bereitstellen, sondern auch die Diskontierung neuer Russenwechsel sowie die Bereitstellung von Düngemittelkrediten zehren an ihrer Kraft. Andererseits schreiten die Devisenabschlüsse fort, so daß die Gefahr begründet ist, daß es wohl gelingen mag, die Privatbanken für den Augenblick zu sanieren, daß die Reichsbank dafür aber um so aktionsunfähiger wird.

# Militärischer Arbeitszwang in der Dombrowa?

## Restlose Durchführung des Streiks

Kattowitz, 22. Februar 1932

Im Laufe des Sonntag ist es im Dombrowaer Industrieviertel wiederum vielfach zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei gekommen. In Kosow mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen wobei zwei Arbeiter auf der Stelle getötet und mehrere verletzt wurden. Der Streik wird nunmehr im ganzen Dombrowaer Revier restlos durchgeführt. Auch auf den wenigen kleineren Gruben, auf denen bisher noch gearbeitet wurde, haben die Bergleute jetzt die Arbeit niedergelegt.

Die polnischen sozialistischen Gewerkschaften in Ostoberschlesien haben am Sonntag beschlossen, zur Unterstützung des Dombrowaer Streiks auch auf den Eisenhütten Ostoberschlesiens die Arbeit am 25. Februar niederzulegen.

Die Regierungspressen beschäftigen sich bereits mit dem Streik, der sich ganz besonders ungünstig auf die Kohlenausfuhr auswirkt. Es wird zu verstehen gegeben, daß bei Weiterhalten des Streiks die Verordnung des Staatspräsidenten vom Jahre 1928 über den zwangsweisen Kohlenumsatz in Anwendung kommen würde. Diese Verordnung sieht den militärischen Arbeitszwang auf den Gruben vor.

\*

Dem Streik liegt die Forderung der Kohlenmagnaten nach Herabsetzung der Löhne

um nicht wenigen als 21 Prozent zugrunde. Der Kampf trifft den polnischen Staat an seinem Lebensnerv. Aus der Dombrowa kommt der Hauptteil der zur Ausfuhr gelangenden Kohle. Liegen die Zechen still, dann stockt die Ausfuhr, und ist diese gelähmt, dann ist Polen außerstande, sich die notwendigen Devisen zur Bezahlung seiner Einfuhr zu beschaffen. Unter diesen Umständen spricht alles dafür, daß die polnische Regierung der Streikbewegung nicht länger mit verschränkten Armen zusehen, sondern mit allen ihren Machtmitteln einschreiten wird. Wo diese liegen, wird in der obigen Meldung bereits unmißverständlich angedeutet. Die Kumpels sollen unter militärischen Zwang gestellt werden und als Soldaten das leisten, was sie als „freie“ Lohnarbeiter zu tun verweigern. Es ist unmöglich, daß die internationale Arbeiterschaft einem solchen Vorgehen gegenüber inaktiv bleiben darf. Sie muß den kämpfenden Kumpels in Polen zu Hilfe eilen und deren Kampf zu ihrem eigenen machen. Schreckt sie davor zurück und überläßt sie die polnischen Arbeiter ihrem Los, dann wird die Folge sein, daß nach einer Niederrichtung der Kumpels an der Dombrowa die Zechenmagnaten in den übrigen Kohlenrevieren eine neue Offensive ergreifen und daß womöglich das Beispiel der Einführung des militärischen Arbeitszwanges Schule macht. Die Vorgänge in Polen schreien nach einer Tat der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

# Tardieu's Kampf-kabinetts

## „Populaire“ sagt: „Ein schlechter Scherz“

Berlin, 22. Februar 1932.

Was wir vorausgesagt, ist eingetroffen. Tardieu ist bei der Regierungsbildung zum Zug gekommen. Er selbst hat in dem von ihm gebildeten Kabinetts außer dem Ministerpräsidenten noch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten übernommen. Das vielumstrittene Ministerium des Innern ist dem Senator Mahieu, der Finanzen dem Abgeordneten Flandin, der „Nationalen Verteidigung“ dem Abgeordneten Piétri übertragen worden. Herr Laval begnügt sich mit dem Arbeitsministerium.

Es erübrigt sich, die Einzelbesetzungen weiter zu verfolgen. Das neue Kabinetts ist nur eine Neuauflage des alten, eben gestürzten Kabinetts Laval-Tardieu. Als Kampf-kabinetts gegen die Linke in der Kammer und gegen den Senat wird es von der oppositionellen Presse angesprochen, während die Presse der Reaktion aufatmet. Am Dienstag hat Herr Tardieu sich der Kammer vorzustellen; er kann mit einem stürmischen Emp-

fang rechnen. Der sozialistische Populaire nennt Tardieu's Kabinetts ein Kampf-ministerium und erklärt, daß die Sozialisten zum Kampf bereit seien. Sie würden ihn bereits am Dienstag in der Kammer aufnehmen. Tardieu personifiziere die Politik der schlimmsten Reaktion. Der Senat habe Laval-Tardieu gestürzt, Doumer schicke ihm ein Kabinetts Tardieu-Laval zurück. Der Senat müsse das für einen schlechten Scherz halten.

## Es gärt weiter in Indien

### Brutale Polizeimethoden

„Daily Mail“ berichtet aus Bombay: Bei Kundgebungen von Anhängern des Indischen Nationalkongresses unternahm die Polizei gestern abend wiederholte Angriffe mit Bambusstäben. Ungefähr 70 Personen wurden verletzt. Elf Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Manifestanten hatten Straßenbahnwagen angehalten, mit Steinen geworfen und Ballen britischen Tuches verbrannt.

## Bierstreik in Berlin

Berlin, 22. Februar 1932.

Der am Freitag von dem unter kommunistischer Führung stehenden Kampfausschuß der Gastwirte für den heutigen Montag beschlossene Bierstreik hat heute mittag seinen Anfang genommen. Nach einer Behauptung des von dem Kampfausschuß eingesetzten Streikkomitees sollen sich heute bereits die Hälfte der Berliner Gastwirte, und zwar besonders die kleinen Betriebe, der Streikparole angeschlossen haben, eine Auffassung, deren Richtigkeit erst im Laufe der nächsten 24 Stunden nachzuprüfen sein wird. Der Kampfausschuß hat eine umfangreiche Streikpropaganda eingeleitet, in Flugblättern wird die Bevölkerung aufgefordert, kein Bier mehr zu trinken, und es sind sogar Motorradstaffeln organisiert worden, die unter den Gastwirten Stimmung für den Streik ab heute machen sollten. Heute nachmittag finden weitere Versammlungen des Kampfausschusses und des Verbandes nationaler Gastwirte statt.

Bei dem Vorgehen des Kampfausschusses handelt es sich um eine Sonderaktion. Man darf sich aber nicht darüber täuschen, daß diese auf große Sympathie stößt. Darauf verweist auch der Verlauf der Konferenz, die die Funktionäre des Berliner Gastwirts-gewerbes am Sonntag abgehalten haben. Auf dieser wurde mit 236 gegen 81 Stimmen die Beteiligung an dem Bierstreik beschlossen. Nach diesen Beschlüssen soll der Bier-ausschank Mittwoch nacht mit dem Schluß der Polizeistunde eingestellt werden, der Streik also Donnerstag früh beginnen, falls es den Organisationen des Gastwirts-gewerbes nicht bis zu diesem Termin noch gelingen sollte, die von der Regierung spätestens bis zum 1. April dieses Jahres in Aussicht gestellte Bierpreisteuererhöhung zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft zu setzen.

Die Versammlung nahm einen ziemlich erregten Verlauf, da

fast alle Diskussionsredner für den Bierstreik

Bierstreik

eintraten, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß unzählige Gastwirte bis zum 1. April schon wirtschaftlich zusammengebrochen sein würden.

Kommt es zur Durchführung des Streikes, so dürfte kaum daran zu zweifeln sein, daß er allgemein sein wird, weil ja dann die Parole von den maßgebenden Organisationen des Gewerbes ausgeht. Der Bierausschank wird also nicht nur in den gewöhnlichen Gaststätten aller Art eingestellt werden, sondern auch in allen Betrieben der Aschinger-Gesellschaft und wohl auch — wenigstens nach den bisherigen Meldungen — in den Bahnhofswirtschaften. Vielleicht würden lediglich die eigenen Schankstätten der Brauereien eine Ausnahme machen, aber es bleibt abzuwarten, ob man es hier gegen alle übrigen Gastwirte riskieren wird, den Bierausschank fortzusetzen. Von einer Bierstreikparole für das ganze Reich kann allerdings nach Auffassung des Deutschen Gastwirtsverbandes keine Rede sein, weil diese Spitzenorganisation auf dem Standpunkt steht, daß für einen solchen Streik auf Grund der Versprechungen der Regierung kein Anlaß mehr besteht.

## Ohrfeige für den Völkerbund

TU. London, 22. Februar 1932

Die Antwort Japans auf die jüngste dringende Ermahnung des Völkerbundes enthält folgende sieben Punkte:

1. Japan kann nicht verstehen, warum die Note nur an Japan gesandt worden ist.
2. Der Völkerbund nimmt an, daß Japan sich im Angriff befindet, während es tatsächlich nur Verteidigungsmaßnahmen ergreift.
3. Die Chinesen verlangen eine friedliche Regelung, greifen aber gleichzeitig die Japaner an. Von Japan jetzt die Zurücknahme seiner Truppen zu fordern, ist dasselbe, als wenn man von ihm die Aufgabe seiner Rechte verlangen würde.
4. Wenn Japan durch Entsendung von Truppen nach Schanghai das Völkerbundstatut verletzt hat, so haben viele andere Mächte das gleiche getan.
5. Unter den gegenwärtigen Umständen kann Japan nicht verstehen, warum die Entsendung von Truppen als eine Verletzung der chinesischen Unabhängigkeit oder Unverletzlichkeit betrachtet werden soll.
6. Der Völkerbund hat mit dem Neunmächteabkommen nichts zu tun.
7. Der Völkerbund macht einen grundlegenden Fehler, wenn er China wie ein wohlgefügtes Staatswesen behandelt, anstatt es als ein chaotisches Land ohne verantwortliche Regierung anzusehen.

## Die harte Nuß

Das Schanghai-Unternehmen gibt den Japanern mehr Nüsse zu knacken, als sie sich träumen ließen. Das eroberte Dorf Kiangwan haben die Chinesen wieder zurückerobert. Um das Gesicht zu wahren, erklären die „unschuldigen Opfer chinesischer Ränke“, daß sie nicht eilig hätten und auf die Rückeroberung des Dorfes keinen Wert legten. Den Hauptangriff richten die Japaner jetzt wieder auf Tschapei. Tanks, Panzerwagen und Flugzeuge werden eingesetzt . . . natürlich nur „zum Spaß“.

# Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Bericht von Berthold Jacob

15. Fortsetzung

Am 28. Oktober läßt Reichsgerichtsrat Rosenthal dem Angeklagten auf dessen Anfrage noch mitteilen, daß der von ihm geladene Zeuge Abel „nicht der bisher noch nicht mit Namen bekannte Belastungszeuge ist“. Abel ist der klassische Landesvorratszeuge, wie man ihn häufig findet. Er sucht sich die Eintönigkeit des Zuchthauses durch immer neue Vernehmungen in allen möglichen Strafsachen zu belohnen, für die er sich als Zeuge anbietet, ohne eigentliche Bekundungen machen zu können. Die Zentralstelle für Spionageabwehr beim Polizeipräsidenten Dresden sagt über ihn:

„Er erweckt den Anschein, als ob er eine gerechte Strafe bekommen und seinen dem Deutschen Reiche zugefügten Schaden wieder gutmachen will. In Wirklichkeit dürfte er den Zweck verfolgen, auf irgendeinem Transport zu entweichen. Es ist deshalb größte Vorsicht geboten.“

Am Tage vor der Hauptverhandlung war bei der Reichsanwaltschaft übrigens noch ein Brief eines Lagerarbeiters bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken namens Porath eingegangen. In Schreibmaschinenschrift und augenscheinlich von anderer Hand aufgesetzt, besagte diese Anzeige, der alte — wie sich später ergibt halb schwachsinnige — Arbeiter Porath habe bereits zu Ausgang August oder zu Anfang September 1924 in Bullerjahns Büro, das er eines Lohnvorschusses wegen betreten hätte, auf dessen Schreibtisch drei Schriftstücke liegen gesehen. Auf einem sei, mit dunkelblauem Tintenstift geschrieben, zu lesen gewesen:

„Hier lagern 15—65 000 Gewehrläufe“.

Auf einem andern Blatt habe sich die Grundrisszeichnung des Werks befunden; in sie eingezeichnet das Lager zwischen der Schmiede und der Metallwarenabteilung. Auf diesem Blatt habe sich auch noch eine Notiz befunden: „Hier lagern die Gewehrläufe“. Auf einem dritten Blatt hätten sich schließlich die folgenden Notizen befunden: „Hier lagern Kisten . . . mit Handwerkszeugen zur Herstellung von Waffen, Maschinen, Schiffsteilen usw.“

Porath erklärt sich in seinem Brief auch bereit, seine Angaben zu beschwören.

Am 6. November begann die Hauptverhandlung gegen Bullerjahn.

## Die Hauptversammlung

Dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts präsidierte in Vertretung der Reichsgerichtsrat Rosenthal. Von den übrigen vier Richtern nahm Reichsgerichtsrat Hüfner die Stellung des Berichterstatters ein. Weiter saßen im Gericht die Reichsgerichtsräte Coenders, Hallamik und Krüger. Die Anklage vertrat Oberlandesgerichtsrat Gutjahr.

Nach Verlesung der Anklage äußerte sich Bullerjahn zunächst ausführlich. Er bestritt, wie bisher, sich schuldig gemacht zu haben, schilderte das Treiben gegen ihn im Werk und versuchte die Atmosphäre lebendig zu machen, aus der heraus allein solche Beschuldigungen gegen ihn hätten erhoben werden können.

Seine Streitigkeiten mit der Direktion wurden, nicht sehr eingehend übrigens, erörtert. Der Sachverständige des Reichswehrministeriums und zugleich als Teilnehmer an den Kontrollbesuchen in Wittenau — Zeuge Major Dühring gab seinerseits einen Bericht über die Vorgänge besonders am 6. und 7. Januar 1925. Tatsächliches, was gegen Bullerjahn sprach, konnte er nicht bekunden, um so stärker erging er sich in psychologischen sein sollenden Spekulationen. Er berichtete, daß Bullerjahn, nachdem er endlich der Aufforderung des Direktors Schweitzer, ins Lager Fischer zu kommen, gefolgt war, beim Vorbeigehen bei den fremden Offizieren das Gesicht von diesen abwandte, worauf der französische Leutnant Jost ihn scharf ansah und alsdann mit dem Belgier etwas tuschelte.

Schließlich regte der Vorsitzende an, das Reichswehrministerium möge sein Gutachten noch ergänzen. Das Gutachten beschränkte sich übrigens auf die Behauptung, daß die Auffindung der Waffenlager geeignet war,

dem Deutschen Reich erheblichen Schaden zuzuzügen.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte von sich aus den Arbeiter Porath geladen, der sich brieflich als Zeuge angeboten hatte. Der Verteidiger fragte den Zeugen Porath unter andrem, ob er vorbestraft sei. Das Gericht lehnte die Frage ab und blieb auch im ausdrücklich erfordernden Gerichtsbeschuß bei seiner Ablehnung. Danach beantragte der Verteidiger die Verhandlung auszusetzen, um sich über die Persönlichkeiten der Zeugen Porath und Abel zu informieren. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte die Ablehnung auch dieses Antrags. Während das Gericht beriet, äußerte er so laut, daß der Angeklagte es verstehen konnte: „Glaubt denn der Keil, er kann hier die ganze Verhandlung aufhalten.“

Das Gericht beschloß gemäß dem Antrag der Verteidigung. Oberlandesgerichtsrat Gutjahr aber wollte schnell zu Ende kommen und fragte Bullerjahn, ob er sich denn nicht damit beruhigen wolle, wenn man telegraphisch einen Strafregisterauszug über Porath einhole. Bullerjahn lehnte auch dieses Angebot ab, und so wurde die Verhandlung von neuem ausgesetzt; der nächste Termin für Anfang Dezember in Aussicht genommen.

Inzwischen lief das erforderliche Ergänzungsgutachten des Oberst Gemppe vom Spionagedienst der Reichswehr ein. Es gibt die „sachverständige“ Antwort auf die unsinnigen Behauptungen des Zeugen Abel wiedergebende Anfrage des Oberreichsanwalts. Oberst Gemppe geht auf den Unsinn ganz ernst ein. Er schreibt:

„Daß Bullerjahn sich mit seinen Mit-

teilungen (von denen Abel gefabelt hatte) an das Büro in Köln wandte, kann Zufall sein, kann aber auch darin seine Begründung finden, daß das Reichmannshaus in Köln eine Sammelstelle für wirtschaftliche Nachrichten bildet. Die Erhebungen über den Hauptmann a. D. Bullerjahn sind noch nicht abgeschlossen; nach Eingang der Antworten wird umgehende Benachrichtigung erteilt.“

Die Nachforschungen nach dem mysteriösen Hauptmann a. D. Bullerjahn wären an sich schnell durchzuführen gewesen. Die einfache Durchsicht der letzten Rangliste des kgl. preussischen Heeres und derjenigen der Reichswehr hatten ergeben, daß es niemals einen Hauptmann, außer Dienst oder aktiv, dieses Namens gegeben hat. (Weitere Artikel folgen.)

## Eindrücke in Ulm / Von Fritz Rück

Ulm, 15. Februar 1932.

Fran um 8 Uhr ist der mächtige Platz um das Ulmer Münster ausgestorben. Nur einige Hunde treiben sich umher und bedenken die Ecken des gotischen Mauerwerks mit ihrem üblichen Grüt.

Die Stadt Ulm war einmal eine der wichtigsten deutschen Handelsstätten des Mittelalters. „Ulmers Geld geht um die ganze Welt“, sagte man damals, die Kaufkraft der vier eckigen Münzen wurde durch den Wohlstand der Ulmer Bürger und Handwerker verbürgt. In der Vorkriegszeit war Ulm die große Garnisonstadt des Südens, von den 10 000 Soldaten, die hier in der Festung und Kasernen lagen, lebte ein großer Teil des Mittelstandes. Heute liegen 1000 Mann Reichswehr hier. Das ist für die Größe der Stadt viel, aber die einstige Herrlichkeit ist doch vorbei. Die Stadt lebt von glorreichen Erinnerungen und in der mienen Gegenwart aller dieser deutschen Klein- und Mittelstädte.

Seit einigen Jahren haben die Nationalsozialisten begonnen, sich in Ulm breit zu machen. Sie fanden zunächst keinen großen Widerstand, das Bürgertum strömte ihnen in hellen Scharen zu und die Arbeiterschaft verhielt sich zunächst passiv. In der Führung der Sozialdemokratischen Partei, die bisher in Ulm dominierte, überwog der Einfluß des rechten Flügels. Da sie sonst nichts machten, führten die Sekretäre, Redakteure und Konsumvereinsbürokraten einen frisch-fröhlichen Dauerkrieg untereinander um die fettesten Posten und den größten persönlichen Einfluß. Ab und zu brach ein offener Skandal aus und enthüllte die ganze Schieberwirtschaft. So vor kurzer Zeit, als ein prominenter Führer überführt wurde, daß er internes Material gegen andere Sozialdemokraten an die Nazipresse verkauft hatte. In der Wahl ihrer Mittel war diese Schicht von Parteibeamten nie besonders wählerisch gewesen. Politisch stand man immer treu und bieder hinter den Keil, Rossmann, Pflüger das heißt, rechts vom Berliner Parteivorstand. Auch das ist bereits feste Tradition, denn die Ulmer Sozialdemokratie war schon vor dem Kriege einer der Hauptstützpunkte des Revisionismus in Württemberg.

In dieses Idyll hat die Schaffung einer Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiter-Partei in Ulm eine Störung hineingebracht. Es sind durchweg aktive Genossen, die bereits in den letzten Jahren gegen die Herrschaft der Bonzen ankämpften, die sich zusammengefunden haben und die Sozialdemokratische Partei verließen. Eine lebendige Jugendgruppe hat sich ebenfalls von der SAJ losgelöst und arbeitet jetzt zusammen mit der SAP am Aufbau einer revolutionären Bewegung.

Im Mittelpunkt steht auch hier in Ulm die Schaffung der proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus. Die Sozialdemokratie lehnt jedes gemeinsame Vorgehen ab und versucht es zunächst noch mit der Methode, unsere Bewegung zu ignorieren. Da unsere Genossen sowohl in den Gewerkschaften wie den Sportorganisationen und der Freidenkerbewegung fest verankert sind und weit

über die Mitgliedschaft hinaus die Sympathien der Arbeiterschaft besitzen, wird ihnen das bald nicht mehr gelingen. Die kommunistische Partei war hier lange Zeit sehr schwach und hat erst in der letzten Zeit durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise an Boden gewonnen. Auch ihre Führung will von einer Einheitsfront nichts wissen, sondern hält starr an den ultralinken Richtlinien der württembergischen Bezirksleitung der KPD fest. Aber ein Teil der Mitglieder ist anderer Meinung und tritt für die Schaffung einer gemeinsamen Arbeiterwehr und eines antifaschistischen Kampfkartells ein.

Auch hier in Ulm werden die Widerstände gegen die Einheitsfront durch den eisernen Zwang der Verhältnisse gebrochen werden. Fast kein Tag vergeht ohne Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Arbeiterschaft. Dabei beweisen die Nazis, daß sie bei der Durchführung ihrer Provokationen und Angriffe keinen Unterschied machen zwischen den verschiedenen proletarischen Parteien und ihren Funktionären. Unsere Genossen sind bereit, dem Faschismus in Ulm die gesammelte Kampfkraft der Arbeiterschaft entgegenzustellen. Sie werben für den Gedanken der Einheitsfront und finden wachsenden Widerhall auch bei Arbeitern anderer Parteien. Der Reformismus hat in Ulm einen ernsthaften Gegner gefunden, die jungen Kräfte unserer Bewegung werden vorstoßen und den entscheidenden Einfluß in der Arbeiterschaft erringen. Sie werden die Einheitsfront schaffen auf revolutionärer Grundlage. In Ulm geht es vorwärts!

## Kapitalistischer Box„sport“

Lemberg, 22. Februar 1932.

Die Meisterschaftskämpfe, die gestern hier stattfanden, nahmen ein trauriges Ende. Im Halbschwergewicht standen sich Groß und Godlewski gegenüber. Godlewski wurde niedergeschlagen. Noch halb betäubt, stellte er sich wieder seinem Gegner. Groß bearbeitete Godlewski weiter mit schweren Schlägen, so daß dieser ohnmächtig aus dem Ring getragen wurde. Ein Arzt ordnete die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an, wo Godlewski jedoch bald starb.

## Der weiße Tod

Wie aus Gaishorn Bezirk (Liez) berichtet wird, sind dort am Sonntag mittag vier Männer, die mit dem Abstecken der Rennstrecke für ein Ski-Wettlaufen beschäftigt waren, von einer niedergehenden Lawine erfaßt und begraben worden. Zwei von ihnen gelang es, sich zu befreien; die beiden anderen konnten nur als Leichen geborgen werden.

## Motorbootunglück

Casablanca, 22. Februar 1932

25 Meilen von dem Hafen Pedala entfernt ist ein Thunfischer-Motorboot durch eine Sturzwellen zum Kentern gebracht worden. Zwei Mann der Besatzung ertranken.

## Geschäft ist Geschäft

Wie großartig diese Welt eingerichtet ist, sieht man aus folgendem Bericht:

Offenbar im Zusammenhang mit den ungünstigen Nachrichten aus China haben sich die Metallpreise in London vorübergehend erhöht. Bei längerer Dauer der kriegerischen Operationen sind günstige Auswirkungen auf den Metallmarkt sehr wahrscheinlich.

So gleicht sich alles aus: Aus Ungünstigem wird Günstiges, die Menschen fallen, aber die Preise steigen, Schlachten werden verloren, aber Millionen gewonnen. Ehre sei den Preisen in der Höhe, Krieg den Menschen auf Erden und am Kapitalismus: ein Wohlgefallen! („W. A.-Z.“)

## Todesurteil gegen Saboteure

Leningrad, 22. Februar 1932.

Das hierige Gericht verurteilte drei ehemalige Angestellte des Kleinhandelssektors des Obst- und Gemüseverbandes „wegen bewußter gegenrevolutionärer Arbeit, die auf Sprengung des Sowjet-handels abzielte“, zum Tode durch Erschießen. Eine Anzahl weiterer Angeklagter erhielt Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer.

## Durch eine verirrte Kugel getötet

Hamburg, 22. Februar 1932

Ein Polizist überraschte gestern früh drei Männer am Steindamm bei einem Geschäftseinbruch. Da die flüchtenden Einbrecher trotz Haltrufe nicht stehenblieben, gab der Beamte Schüsse ab. Von einer verirrten Kugel wurde dabei der 42jährige Kaufmann Zimmermann getroffen. Er erlitt einen Hüftschuß und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Die Einbrecher wurden von dem Beamten festgenommen.

## Tod am Mikrophon

Der Dirigent Dr. Ludwig Kaiser ist, als er im Wiener Radio gerade die „Slavischen Tänze“ von Dvorak dirigierte, plötzlich vom Pult gestürzt. Man hörte im Mikrophon den Aufschlag. Das Konzert wurde sofort abgebrochen. Die Rettungsgesellschaft konnte nur noch den Tod Dr. Kaisers an Herzschlag feststellen. Dr. Kaiser war ein langjähriger Mitarbeiter des Rundfunks.

## Schwerer Eisenbahnunfall

Summerside (Prince-Edwards-Insel

bei Canada), 21. Februar 1932

Bei Tiguish rannte heute ein Personenzug auf einen haltenden Güterzug auf. Vier Personen wurden getötet und elf verletzt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen wird am 5. und 6. März eine Reichskonferenz in Nürnberg halten.

JUNO 6 Stück 20 8

# Feuilleton der SAZ

## Hitler wird Völkerbündler / Von Herbert Dückstein

Adolf Hitler entsandte während der letzten Genfer Völkerbundsversammlung als volkischen Beobachter General von Epp an den Tagungsort der Kriegsdienstförderer. Warum tat er das? Antwort darauf — gibt eine Unterhaltung, die in einem Café mit dem illusionistischen Namen Café de la Paix zwischen Dr. Brüning und Epp stattgefunden hat.

Epp: Sehen Sie, Herr Doktor, nachdem seit dem Bestehen des Völkerbundes erfreulicherweise bereits 23 Kriege erfolgreich durchgeführt werden konnten, gewinnt mein Höchster Führer immer mehr Vertrauen zu dieser Einrichtung. Ihre Basiseinrichtung läßt sich für uns Nationalsozialisten aus dieser Feuerprobe (im Sinne des Wortes) ableiten. Nur kämpfen wir immer noch mit der schwierigen Frage, wie sich unsere Taktik am unauffälligsten ändern läßt.

Brüning: Exzellenz, die Aenderung der Taktik bringt der organisatorisch-rhetorische Genius Ihres allverehrten Führers schon zuwege. Mir sei es im Augenblick, bitte, nur gestattet, Ihnen noch einmal in aller Kürze vor Augen zu führen, wie unrecht Sie mit Ihrer bisherigen ablehnenden Haltung dem Völkerbund gegenüber, der soviel Großes in 13 Jahren vollbracht, gehandelt haben. Sprechen wir doch mal ganz offen und ohne Hemmungen miteinander. Sehen Sie, die Ultrationalisten aller Länder (ich bitte, kein Werturteil in diesem Terminus erblicken zu wollen) glauben zu sehr an die Besonderheit ihrer eigenen Rüstungsindustrie. Ein Glaube, den ich unbedingt respektiere, wie ich überhaupt jeden Glauben respektiere. Ich bin aber der Auffassung — bitte, Exzellenz, hören Sie mich ruhig an! — daß es heute keine vaterländische Schande mehr zu sein braucht, auch vor Ihren Anhängern nicht, wenn sich die Industrie, im Interesse der Nationalisten, international verständigt.

Epp: — international verständigt? Vollkommen indiskutabel für uns Nationalsozialisten.

Brüning: Verzeihung, Exzellenz, Sie dürfen sich nicht an das Wort klammern, das überlassen wir doch ruhig — nun, meinetwegen — der 2. Internationale. Wir müssen realpolitisch denken. Die besten Geschäfte werden nämlich gemacht durch den Glauben der Masse an das Wort. Sie lachen — na ja, wir verständigen uns schon... Ich bin der Auffassung, daß Krupp, Skoda, Schneider-Creuzot und deren Kollegen vereint eine viel gewaltigere Macht darstellen als jeder von ihnen allein. Und auf diesem Prinzip basiert der Völkerbund! Wir müssen lernen, in Kontinenten zu denken. Bitte, keine Erregung, Exzellenz, ich begründe Ihnen diese Phrase. Dieses Wort hat den unschätzbaren Vorzug, daß die Arbeiterschaft, soweit sie reformistisch ist, immer auf diesen Leim kriechen wird.

Epp: Sehr gut, ja, aber wir können unseren Leuten nicht von heute auf morgen klar machen, daß sie nun — „in Kontinenten“ zu denken haben. Skoda ist Tscheche, Schneider ist Franzose.

Brüning: Denkbar einfach. Beide sind Arier. Uns verbindet doch mit der Rasse des Herrn Schneider entschieden mehr als mit Afrikanern, Chinesen, Juden, Bolschewisten

und sonstigen Mißbräutigungen. Allein Ihr intensiver Kampf gegen den Bolschewismus, in dem wir uns einig sind bis zu Wels, Noske, Breitscheid und Schopflein, trägt neue Parolen in seinem Schöße: „Das Abendland, die Kultur, die Moral, der Glaube, also unsere heiligsten Güter, sind in Gefahr. Völker des Abendlandes, wahret diese eure heiligsten Güter!“ (In propagandentechnischen Fragen haben Sie ja größere Erfahrungen.) Und mehr will ja der Völkerbund auch nicht. Im Prinzip sind wir ganz Ihrer Meinung, nur glauben wir Völkerbündler an ein größeres Geschäft, je mehr kapitalistische Staaten sich daran beteiligen.

Epp: Ich habe hier die „Deutsche Bergwerkszeitung“, sie schreibt im Hinblick auf den Krieg im Fernen Osten:

„Die Weltbörsen begegnen den Ereignissen im Fernen Osten sogar mit einer Art Hoffnungslosigkeit, die mit der Zunahme der Komplikationen in Schanghai nur zu wachsen scheint. Wir sehen mit jeder neuen Ausdehnung des ostasiatischen Konflikts neue Aktien und Rohstoffgruppen in Bewegung kommen.“

Brüning: Na, sehen Sie, wenn Sie nun wollen, daß nicht nur Schneider-Creuzot die Kanonen zur Vernichtung der gelben Rasse verkauft, sondern auch Krupp und Thyssen, wenn Sie wollen, daß Ihre Einkünfte aus diesen Quellen steigen, dann werden Sie endlich Völkerbündler. Das Geschäft muß international organisiert und verteilt werden, das ist unseres Völkerbunds Zweck. Unsere

Bemühungen, Kriege zu verhindern, sind ja nur fiktiv, damit uns die 2. Internationale und der ganze reformistische Klüngel nicht ausbricht! Lassen Sie sich nicht durch Außenlichkeiten irritieren. Wenn sich Herr Hitler entschließen kann, sich völkerbunds-freundlich einzustellen, realisieren sich augenblicklich zwei seiner Parolen: Rettung der Kultur vor dem Bolschewismus und Volksgemeinschaft von Hitler bis Noske. Die Gründe dafür mögen getrost verschiedenartig sein, im Effekt wollen wir ja alle das gleiche. Die zwei Kriege seit 1919 unter dem Protektorat des Völkerbundes durften Ihnen Beweis genug sein dafür, daß wir nicht grundsätzlich gegen den Krieg sind. Kriege, die das Geschäft hoben, sind uns immer willkommen, nur Metzereien zwischen den Geschäftskontinenten sehen wir zu vermeiden. Sehen Sie, Exzellenz, eine ganz ausgezeichnete Begründung für den Ueberfall Japans auf China hat mein Kollege, der japanische Delegierte Sato, gegeben. Es könne sich nicht um einen Bruch der Völkerbundsabmachungen handeln, denn diese seien ja zwischen geordneten Staaten geschlossen, während China vom Bürgerkrieg desorganisiert sei. — Das ist der richtige Dreh. Der Sozialdemokrat Paul-Boncour bedankte sich für diese Darstellung bei Sato.

Exzellenz, ich glaube, ich habe meine Pflicht getan, tun Sie die Ihre...

(Zu der zu erwartenden völkerbunds-freundlichen Manifestation Hitlers gratulieren wir im voraus.)



### Vom russischen Film

In der Filmbeilage des „BT“ lesen wir:

In der letzten Zeit ist es ein wenig still geworden um den russischen Film, vor einem halben Jahre ist „Der Weg ins Leben“ gespielt worden, seitdem gab es in Deutschland keinen neuen Russenfilm. Woher kommt das? Stockt die russische Produktion?

Es gibt dafür zwei Gründe. Der erste ist der, daß die Russen sich viel langsamer und vorsichtiger auf den Tonfilm umstellen, als die Produzenten der übrigen Länder. Im Jahre 1932 sollen in der Sowjetunion noch 320 stumme und nur 87 Tonfilme hergestellt werden. Der zweite besteht darin, daß die russischen Hersteller die Schwierigkeiten kennen, denen ein Russenfilm heute in Deutschland ausgesetzt ist. Sie wissen, daß in einer Zeit, in der Bücher verboten und Schallplatten beschlagnahmt werden, ein Film, wie zum Beispiel der „Panzerkreuzer Potemkin“, nicht allzu lange auf der Leinwand bleiben würde — vorausgesetzt, daß er überhaupt die Filmprüfstelle passieren sollte. Man sieht in Deutschland also nicht viel von der Entwicklung des Russenfilms, und es scheint, als stände sie still. In der Sowjetunion sehen die Dinge aber anders aus. Im Jahre 1917

gab es in Rußland nur 1045 Kinos, 1931 waren 25 593, Anfang 1932 bereits 32 000. Nach Beendigung des zweiten Fünfjahresplans, im Jahre 1937, soll die Zahl der Vorführungsapparate 122 500 betragen. Die Produktion stummer Filme wird 1932 auf 1900 im Jahre steigen, die der Tonfilme auf 1350. Die Besucherzahl der Kinos betrug 1931 eine Milliarde Menschen, im Jahre 1932 rechnet man mit etwa zwei Milliarden. Ende 1931 waren zwei Fabriken in Betrieb, von denen jede 75 Millionen Meter Filmmaterial im Jahre herstellte, 1932 werden zwei neue, mit einer Produktionskapazität von je 150 Millionen Meter, eröffnet. Die Summe, die in der Filmproduktion investiert wird, wächst 1932 von 23 auf 131 Millionen Rubel.

### Kleines Feuilleton

Ein Trickfilm von Frans Masereel.

Der flämische Holzschneider Frans Masereel dreht gemeinsam mit Berthold Bartosch nach seinem Bilderroman „Die Idee“ einen Trickfilm, der mit Musik synchronisiert wird. Die Technik der Holzschnittromane Masereels ist ja dem Film entlehnt; nun sollen die Masereelschen Gestalten, deren Leben in einzelne Bewegungsphasen zerlegt und auf verschiedenen Blättern festgehalten war, auf der Filmleinwand lebendig werden. „Die Idee“ ist eines der bedeutendsten Bildwerke Masereels; in dreiundachtzig Holzschnitten hat der Künstler den Passionsweg des „neuen, menschheitslösenden sozialistischen Gedankens“ gestaltet.

## Geistige Berufe gegen Notverordnung

Berlin, 22. Februar 1932.

Ein „Komitee der geistigen Berufe“, hinter dessen Rücken sich die Berliner KPD mit einer eifriger Parteipropaganda nur zu aufdringlich zeigte, hatte zum Sonntag eine Kundgebung nach den Spichern-Sälen einberufen. So unbedingt notwendig es ist, daß die geistigen Berufe in ihrem Kampfe gegen die Verelendung — um mit dem Vorsitzenden des Komitees Ernst Ottwald zu reden — aus der Isoliertheit ihrer ständischen Berufsvertretungen heraustreten und ihren Kampf unter Anlehnung an den Kampf der Arbeiterklasse führen, so notwendig es ist, daß die verschiedenen geistigen Berufe diese Verbundenheit auch einmal in einer großen öffentlichen Kundgebung zum Ausdruck bringen, so wenig entspricht es diesem Zwecke, wenn solche Kundgebung zu einer einseitigen Parteipropaganda für die KPD und zu einer Werbung für ihren Agitationsapparat ausgemünzt werden. Es dient nicht gerade der Einheitlichkeit, die auch bei der Herstellung einer Einheitsfront zwischen Hand- und Kopfarbeitern dringend erforderlich ist, wenn in einer solchen nach außen hin völlig neutral aufgezogenen Versammlung hunderte von Kolporturen, Sammlern und Werbepersonen der KPD auf die nach dieser Richtung völlig ahnungslosen Zuhörer losgelassen werden. Ein „Komitee der geistigen Berufe“ hat lediglich für die Zusammenfassung aller Kräfte zum gemeinsamen Kampfe gegen Notverordnung und Faschismus Sorge zu tragen und dabei alle diejenigen proletarischen Organisationen zu berücksichtigen, die sich zu dieser Auffassung bekennen, daß dieser Gesichtspunkt in der Kundgebung am Sonntag nicht beachtet werde, mindert ihren Wert und ihren Aktionsradius beträchtlich herab.

Es sprachen K. A. Wittfogel für die Schriftsteller, Hans Otto für die Schauspieler, Stadtrat Dr. Schminck für die Aerzte, Otto Heller für die Journalisten, Hoertz für die Studenten, Hans Eisler für die Musiker, Max Keilson für die bildenden Künstler. In allen Reden kam sehr eindrucksvoll der kulturelle Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft und der wirtschaftliche Zusammenbruch der sogenannten freien Berufe zum Ausdruck. Ebenso berichteten alle Redner von dem tiefen politischen Gärungsprozeß, der heute die Angehörigen der geistigen Berufe erfaßt hat, und der heute noch zum Teil dem Faschismus zugute kommt. Der fortschrittliche, weiterdenkende Teil der Geistesarbeiter hat aber längst erkannt, daß die Kulturkrise auf faschistischem Wege unmöglich gelöst werden kann, sondern daß dazu die Beseitigung der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendig ist. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft wird wieder die produktive geistige Arbeit — wie man aus dem einzigartigen Beispiel der Sowjetunion lebendig sehen kann — zu einem neuen großen und glanzvollen Aufstieg gelangen. Die Ausführungen der Redner gegen die drakonischen, für jede geistige Entwicklung untraglichen ebenso kulturfeindlichen wie unsozialen Notverordnungen, deren faschistischer Charakter immer betont werden muß, fanden den stürmischen Beifall der überfüllten Versammlung. W. E.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

53. Fortsetzung.

Der Kellner, ein Pole, der Herrn Sommer schon zum dritten Male geröstete Hummern serviert, verspürt große Lust, ihm mit der Faust die richtige Antwort auf die Nase zu versetzen. Der Kellner hatte eine schreckliche Stunde durchgemacht, während es unentschieden war, ob sie den Kampf gegen die Hotelleitung aufnehmen würden. Er besaß kein Geld mehr und rechnete mit Bestimmtheit auf den Verdienst von heute abend. Es war für ihn eine Frage von Tod und Leben, und doch wollte er mitmachen, wenn sich die anderen für einen Streik entschieden hätten. Ja, er wünschte einen Streik, er wünschte den Kampf, und doch hatte er das Gefühl, als wäre er einer Gefahr entronnen, als man die Forderungen bewilligt hatte.

Nun mußte er wortlos zuhören, wie dieser Unternehmer behauptete, den Arbeitern gegenüber allein zu stehen. Als ob man so jämmerlich wäre und nicht wüßte, daß hinter ihm die Polizei und das Militär, der Richter und die Kirche ständen, als ob es keine Trusts und Kartelle gäbe.

„Haben Sie keine dunkler gerösteten Hummern?“

Herr Sommer hat in seiner Vitalität für alles Augen.

„Jawohl, Herr, einen Augenblick, Herr.“

Ein durchsichtig grüner Schmetterling mit langen, schleppenden Flügeln hat sich auf die Hand des polnischen Kellners niedergelassen. Das ist auch nur eine Störung bei der Arbeit und erbittert ihn noch mehr. Er möchte am liebsten das Tier zerdrücken, aber er sagt sich schließlich, daß es noch unglücklicher sei als er selbst.

Wir werden euch schon die richtige Antwort geben, keine Bange, auch wenn wir vorläufig Bücklinge machen.

Ein anderer Industriekapitän, der von Herrn Fish bedient wird, Besitzer von vielen Eisenbahnen, jammert ebenfalls.

„Die Leute, die uns immerfort angreifen, müßten wissen, mit welchen Schwierigkeiten wir kämpfen, sie sollten unsere Hauptbücher sehen.“

Auch Herr Fish führt, wie sein Kollege, einen stummen Dialog.

Was braucht man eure Hauptbücher zu kennen, wenn man sieht, wie ihr lebt.

Geradezu um den Gedankengang Herrn Fishs zu entkräften, macht jetzt der „Große Haifisch“, einer der reichsten Männer Amerikas, gleichzeitig einer der ältesten, seine Bestellung.

Wo war sein Grießbrei, sollten die Gastgeber verabsäumt haben, für ihn zu sorgen?

„Ich kann nur einen Grießbrei essen,

der sechs Stunden lang in einem Doppelkocher gedämpft wurde.“

Er muß, um seine Vitalität zu erhalten, wie ein überzarter Säugling leben.

Ja, natürlich, selbstverständlich wurde die Bestellung gemacht, beiläufig sich der Kellner zu versichern, er würde sofort den Grießbrei bringen. Er denkt dabei schauernd an den Cowboy und an dessen saftige Flüche, wenn er mit dieser Extraorder in die Küche kommt.

„Bring' ihm ein blutiges Beefsteak“, sagt ein anderer Kellner, „man sollte sabotieren, damit auch die Gäste etwas von unserer Unzufriedenheit merken.“

„Wir haben einmal in Paris bei einer großen Gesellschaft alle Bestellungen verkehrt ausgeführt, es war eine tolle Sache. So etwas von Speisezusammenstellungen hat man noch nicht erlebt.“

„Wie soll man in Amerika sabotieren? Hier würden sie ja überhaupt nichts davon merken“, sagt ein Franzose. „In einem Lande, wo man Schinken mit Ananasscheiben serviert, und Apfelkuchen mit Käse, würde sich auch niemand über in Essig gesäuerte Zwiebeln in Honig wundern.“

„Ja, wir leben in einer bösen Welt“, spricht der „Große Haifisch“, er ist mit den anderen Industriekapitänen ganz einer Meinung. Seinen Spitznamen verdankt er seiner Skrupellosigkeit, mit der er alle Kleinen, die ihm im Wege standen, vernichtete. Heute geht er nur noch in die Kirche und folgt der Sonne. Er besitzt unzählige Schlösser in allen Teilen Amerikas; immer fährt er dorthin, wo Sonne ist. Ueberall wartet auf ihn eine zahlreiche Dienerschaft, um ihm seinen Grießbrei zu kochen. Er hat keinen anderen Wunsch, als mindestens hundert Jahre alt zu werden. Aber nein, jetzt bei der Hochzeitstafel erklärt er, daß er einen wirklich guten Menschen finden möchte. Aber

das sei unmöglich, versichert er, die guten Menschen wären ausgestorben.

Die Anwesenden antworten ihm nichts.

Herr Fish, der die richtige Antwort wüßte, ist leider zur Stummheit verurteilt.

Zum Teufel auch, was für Sorgen sich der alte Haifisch macht; ich selbst habe noch nie einen Menschen gefunden, bei dem man ohne weiteres hätte feststellen können, ob er gut oder schlecht ist. Aber wie leicht ist es, herauszufinden, ob jemand gut oder schlecht lebt — und darauf allein kommt es an.

Gut sein, wer sich das leisten könnte! Es ist höchste Zeit, denkt Herr Fish, daran zu gehen, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen. Sein Kellnerdasein nimmt ihn mehr als ihm angenehm ist in Anspruch.

Die Kapitäne verfolgen jede seiner Bewegungen; er wurde schon wiederholt von ihnen zurechtgewiesen und auf Ungeschicklichkeiten, die einem erstklassigen Kellner nicht unterlaufen dürfen, aufmerksam gemacht.

Viel nervöser aber machen ihn die Sekretäre des Herrn H. W. Strong. Es scheint ihm, als folgten sie mit ironischem Lächeln jeder seiner Bewegungen.

Man mußte Herrn Strong merken lassen, daß man nicht hier war, nur um den Kellner zu spielen. Der große Mann sollte merken, daß die Sache ernst wurde, wenn er nicht nachgab. Herr Fish ist es nicht, der einen Skandal zu fürchten braucht.

Herr Fish ist davon überzeugt, daß er auf die Presse nicht rechnen könne, aber Herr H. W. Strong hat nicht weniger Feinde unter den Eingeladenen. Er hat Feinde — und Herr Fish kennt sie.

Da ist zum Beispiel Herr Vandercock, ein Mann von umfangreichen Formen und ebensolchem Appetit.

## Einschulung, Umschulung

Bei der Werbung für die Einschulung zur Weltlichen Schule

wird von Eltern, die bereits ihr Kind zu einer konfessionellen Schule angemeldet haben, der Einwand erhoben, sie könnten davon nicht mehr zurück.

Das ist ein Irrtum!

Der früh gesetzte Termin zur Einschulung ist lediglich eine Verwaltungsmaßnahme, daß die Schulverwaltung zeitig schon ihre damit verbundenen Aufgaben in Ruhe erledigen kann.

Wer sein Kind in die weltliche Schule schicken will, kann dies auch jetzt noch bewirken. Geht zum Schulleiter der nächsten weltlichen Schule, und zwar für: Benrath-Hoithausen: Geeststraße; Bilk: Friedenstraße; Derendorf: Blücherstraße; Eller: Jägerstraße; Flinzig: Lindenstraße 102; Gerresheim: Ferdinand-Heyne-Straße und Unter den Eichen 2; Oberbilk: Heerstraße; Oberkassel-Heerdt: Pestalozzistraße; Rath: Oberrather Straße; Unterrath: Beedstraße.

Nach der Verfassung kann Euch niemand zwingen. Das Recht, über die Erziehung Eurer Kinder zu entscheiden, liegt bei Euch Eltern als den Erziehungsberechtigten.

Nach der Verfassung ist es so, daß nur derjenige an religiösen Übungen teilzunehmen braucht, der sich dazu meldet, und nicht umgekehrt, wie es heute entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung Brauch geworden ist.

Eltern, macht von den wenigen Rechten, die Euch geblieben sind, Gebrauch, darum eingeschult und umgeschult von der Kirchenschule nach der Weltlichen Schule!

Bund der freien Schulgesellschaften

## Bochum

Ollenhauer im Ruhrgebiet. In einer öffentlichen, von der SAZ einberufenen Jugend-Versammlung sprach der Vorsitzende der SAZ, Ollenhauer, Berlin, über das Thema „Was hat die Jugend von Faschismus zu erwarten?“ Zu Beginn der Versammlung machte der Versammlungsleiter Scholz die kuriose Mitteilung, daß der KJ sowie der Hitlerjugend eine halbe Stunde Redezeit gewährt würde. Alle anderen Gruppen, worunter der SJV falle, spielten nur eine untergeordnete Rolle und kämen darum für die Diskussion nicht in Frage.

Nach dieser Bekanntmachung brach ein Entrüstungssturm los, der auch dem Versammlungsleiter nicht gerade angenehm war. Für Ruhe und Ordnung, so führte Scholz weiter aus, Sorge das „Reichsbanner“. Genosse Ollenhauer bekämpft den Faschismus damit, daß er der Jugend alle Schrecken eines dritten Reiches aufzählt. Aber was nützt das, wenn Ollenhauer das Wichtigste vergißt, nämlich wie der Faschismus bekämpft werden kann.

Von dem Führer einer sozialistischen Jugendgruppe hatten wir mehr erwartet. Enttäuscht waren nicht nur die Gegner, sondern selbst die SAZ-Genossen. Für die Diskussion meldeten sich ein KJV- und ein SAV-Genosse, dieser erhielt eine Viertelstunde Redezeit! Der Genosse vom KJV wies darauf hin, daß auch ein Weg zum Kampf aufzuzeigen sei. Bei der Auslegung betreffend „Faschismus“ machte sich gerade bei den SAZ-Genossen große Unkenntnis durch Zwischenrufe bemerkbar, die uns die Aufgabe stellt, gerade in diesen Kreisen unsere Aufklärungsarbeit zu betreiben. Auf die Worte des KJV-Genossen, man könne heute nicht einmal auf der Straße seine Forderungen kundtun, ohne daß man mit dem Gummiknüppel Bekanntheit macht, gab es einen sehr beachtenden Zwischenruf eines SAZlers: „Wenn du dich anständig aufführst, passiert dir nichts!“ Genosse Hoose vom SJV erinnerte die SAZler an den Beschluß des Leipziger Parteitagess für die Jugend und bewies, daß eine von der Partei regierte Jugend nicht ihre Absicht durchsetzen kann. Nicht Reformen können uns helfen, sondern nur konsequenter Klassenkampf. Nach den Ausführungen beider Diskussionsredner, denen rührender Beifall gezollt wurde, ergriff, ohne dazu die Berechtigung zu haben, als Retter in der Not der Parteivorsitzende König das Wort und glaubte „als Vater der Jugend auftreten“ zu müssen. Auch bei diesem Vorfall brach ein Entrüstungssturm los. Ollenhauer ergriff dann das Schlußwort, in welchem er auch nicht mit einem Wort auf die Diskussion einging. Ein Treuebekenntnis für Hindenburg, welches selbst aus dem Munde eines Klassengegners nicht besser hätte sein können, bildete den würdigen Abschluß. Als man auf Grund eines Zwischenrufs einen KJV-Genossen mit Hilfe der Polizei an die Luft setzte, verließ zum Protest fast die Hälfte der Anwesenden den Saal.

## Solingen

Die erste öffentliche Versammlung unserer Partei im Stadtteil Ohligs kann als voller Erfolg bezeichnet werden. Genosse Dr. Sternberg zeigte in beständiger Ausführungen, ausgehend von der gegenwärtigen ökonomischen Situation, den Weg, den die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen das Kapital zu gehen hat. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. — In der Diskussion sprach zuerst der kommunistische Parteisekretär von Solingen. Sein Bestreben, die Ausführungen unseres Genossen zu widerlegen, konnte ihm nicht gelingen. Der Schluß seiner Diskussionsrede war natürlich das Bekenntnis zur proletarischen Einheitsfront unter Führung der KPD. Ein Genosse der KPD-O geißelte die falsche Gewerkschaftspolitik der KPD und wies nach, daß sich besonders heute das Fehlen der Kommunisten in den freien Gewerkschaften bemerkbar mache, wodurch der Gewerkschaftsleitung ihr Spiel bedeutend erleichtert worden sei. Nachdem noch ein Genosse von der Deutschen Friedensgesellschaft gesprochen hatte, konnte Sternberg zum Schlußwort kommen. — Auch diese

## Erfahrungen im Arbeitsdienst

Hierüber sprach am Dienstag über die westdeutschen Sender Lehrer Hermann Thieke in „Die Stunde des Arbeiters“.

Was den Hörern, insbesondere den erwerbslosen Jugendlichen, mitgeteilt wurde, war nicht viel. Abgesehen von der Tatsache, daß durch die Notverordnung der FAD in neue und feste Formen gebracht, d. h. auf zwanzig Wochen festgesetzt worden ist, glaubte der Redner noch besonders hervorheben zu müssen, daß „durch den FAD erzieherisch zum Wohle des Vaterlandes (sprich Kapitalismus) auf die Jugendlichen eingewirkt werden könnte“. Durch den FAD ist nicht nur die Magenfrage gelöst, sondern der Jugendliche wird sogar in die Lage versetzt, seinen Lebensunterhalt durch ein erhöhtes (nicht über 50 Pf.) Taschengeld pro Tag selbst zu bestreiten. Ja, sogar Ersparnisse könnten noch gemacht werden. Der ganze Vortrag klang dahin aus: Daß durch den FAD nicht nur Interessengemeinschaften, sondern im letzten Sinne Not- und Familiengemeinschaften sich bildeten. Damit wird ja eigentlich die ganze Linie des FAD gezeigt. Und das alles klingt so einschmeichelnd. Aber uns kommen diese Schmeiכלänge für den FAD doch sehr bekannt vor, nur, daß sie jeweils unter einem anderen Motto gespielt wurden. Wer erinnert sich nicht: „Ich kenne keine Parteien mehr“, „Passiver Widerstand“, „Osthilfe“, „Eiserne Front“ oder, besser gesagt, jetzt „Hindenburgblock“, wenn es gilt, die Belange des Staates zu retten. Wir erhalten hierfür ja von Thieke selbst die Bestätigung, wenn er uns am Schluß seines Vortrages verrät, daß die Jungmänner, so werden die „Freiwilligen“ genannt, im Bezirk Osnabrück (wo Th. wohl Leiter ist) für eine „arme Gemeinde“ eine Starke gebaut haben, als Wahrzeichen einer „Großen Zeit“. Auch das kennen wir, und alles war schon einmal da. Da gab es den „Dank des Vaterlandes“. Und wenn dann die Jungmänner ihre Schuldigkeit — armen Gemeinden und todsubventio-

Versammlung legte Zeugnis ab von dem immer weiteren Vordringen der SAP. Sechs Neuaufnahmen waren der erste sichtbare Erfolg.

Verbindlich erklärte Tarife. Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist der Tarifvertrag für die Arbeiter der Eisen- und Metallindustrie (Kollektivarbeiter) für verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit begann am 1. Februar. Ebenso hat das Reichsarbeitsministerium die Preisverzeichnisse der Heimarbeiter in der Solinger Schneidwaren-Industrie für die Städte Solingen, Leichlingen, Haan, Riehrath-Reusrath, Hilden und Cronenberg für allgemeinverbindlich erklärt. Dazu schreibt der DMV: Mit diesem Regierungsakt ist jedem Heimarbeiter wieder sein Lohnanspruch gesetzlich gesichert. An den Heimarbeitern selbst liegt es nun, daß entsprechend obiger Verfügung kein Arbeitgeber mehr in der Lage ist, weniger als den vorgeschriebenen Preis für die bearbeitete Ware zu zahlen. Von jetzt an darf es keinen Heimarbeiter mehr geben, der sich von seinem Arbeitgeber vorerzählen läßt: die Preise sind zu hoch, wir können nicht mehr mit, ihr müßt etwas tun. Fort mit aller Weichlichkeit, tretet als Forderung auf, verlangt den Lohn, der euch gesichert ist. — Die Heimarbeiter haben allerdings alle Ursache, zu fordern, zumal die Preise teilweise schon unter den Vorkriegspreisen liegen.

## Schwelm

Der Mensch denkt und . . . die Preußische Polizei schlägt drauf! Damit hatte der Hirte der Evangelischen Gemeinde Schwelm wohl nicht gerechnet, daß ihm der . . . Ordnungshüter des weltlichen Reiches treffen würde, als er mit seinen Getreuen in der vergangenen Woche eine Männerfahrt nach Wuppertal zum Planetarium unternahm. Der Ausflug, so wollen wir das Unternehmen nennen, war von der Regierung in Arnsberg genehmigt. Und diesmal dachte die Wuppertaler Schupo anders. Wuppertal liegt im Regierungsbezirk Düsseldorf, und die Genehmigung eines Ausfluges (Männerfahrt) für diesen Bezirk soll noch nicht vorgelegen haben, und wer weiß, vielleicht waren es sogar Kommunisten, die da im geschlossenen Zuge auf Wuppertal anrückten. In solchen Fällen muß schnell das Leben der Bürger gesichert und die Staatsautorität gewahrt bleiben. Der Gummiknüppel trat in Tätigkeit, und die christliche Gemeinschaft, einschließlich Pastor Becker, bekamen Keile. Die Männerfahrt, nunmehr von der Schupo begleitet, fand ihr Ende wieder in Schwelm. Als man diesen Irrtum entdeckte, muß in den Amtsstuben des Wuppertaler Polizeipräsidenten das heilige Donnerwetter gefahren sein. Denn noch am gleichen Tage hat ein Polizeimajor des Wuppertaler Polizei-Präsidenten sich bei Pastor Becker ob dieses „bedauerlichen Irrtums“ in aller Form entschuldigt. Eine kleine Rollenverteilung, welche volles Verständnis findet, wenn man liest, daß die Nazipresse schreibt: Pg. von der Polizei geschlagen! Die bürgerliche Presse berichtet noch zu diesem Fall, daß die Beamten die schärfsten disziplinarischen Strafen zu gewärtigen haben. Wie könnte das auch anders in einem Rechtsstaat sein! Wie wär's, wenn auch so streng und gerecht durchgegriffen würde, wenn Proletarier, wie es täglich geschieht, niedergeknüppelt werden?

## Detmold

Ueber die Hindenburglisten teilt die „Lippische Landeszeitung“ folgendes mit: „Alle Bevölkerungsschichten, alle Parteikreise sind an diesen Eintragungen beteiligt gewesen. Besonders stark Arbeiter und Arbeiter-

nierten Großgrundbesitzern auf die Beine zu helfen — getan haben, dann können sie sich an dem Kleinschlag der gebauten Starben und den Rüben der bebauten Felder die Zähne ausbeißen, ebenso wie die Kriegssopfer an ihren Eisenkreuzen. Aber die nationalen Belange (lies Unternehmerprofit) sind wieder gerettet, und das ist ja die Hauptsache. Von einem Pädagogen dürfte man daher auch verlangen, daß er aus der Vergangenheit mehr gelernt habe, als daß er sich noch für die Ausmalung eines Trugbildes hergibt. Wenn uns Th. weiter noch verrät, daß die von den Jugendpflegeausschüssen mehr oder weniger bis jetzt abgehaltenen Freizeithewegungen als Vorläufer des FAD anzusprechen sind, so ist denen nachträglich noch recht gegeben, die s. ZL vor solchen Veranstaltungen als Vorläufer des FAD warten. Daß Th. seine Erfahrungen aus der Freizeithewegung (denn nur aus dieser hat er seine Erfahrungen, die bisher in Wandern und Ueberrachten in Jugendherbergen und, wie eben in Osnabrück, so nebenbei eine Straße bauen, bestand) mit den Worten, daß der Gemeinschaftssinn bei den Jungmännern stark ausgeprägt sei, glaubt abschließen zu können, soll ihm nicht streitig gemacht werden. Wir können dies allerdings nicht als besondere pädagogische Erkenntnis werten.

Wenn das bankrotte Staats- und Wirtschaftssystem schon mal glaubt, durch FAD unter dem Motto „Vaterland, Notgemeinschaft u. ä.“ die eigene Pleite aufhalten zu können, so haben wir Proletarier unsere eigenen Auffassungen dabei.

Die Not haben wir schon lange von diesem Vaterland, und die Gemeinschaft ist auch bereits in der organisierten revolutionären Arbeiterbewegung vorhanden. Und diese Gemeinschaft wird weiter geschmiedet zu einer Kampfgemeinschaft aller Schaffenden, der beizutreten wir im Interesse aller Klassen-genossen für erforderlich halten.

frauen, Angestellte usw. Neben dem Vorsitzenden des Landespräsidiums, Herrn Drake (SPD), erschienen in den Hindenburglisten auch der vormalige regierende Fürst Leopold IV., die Fürstin Anna, Prinzess Lilli, bekannte Männer der nationalsozialistischen Bewegung und der Deutschen Nationalen Volkspartei, Mitglieder des Stahlhelms, bekannte Männer der lippischen Kriegervereinsbewegung. Also im besten Wortsinne alle Kreise des Volkes. Niemand gedungen, niemand veranlaßt. Freiwillig dem Zuge des Herzens, der Verehrung, des politischen Verstandes folgend, sind sie gekommen, um sich vor der deutschen Welt zu Hindenburg zu bekennen. — Die SPD ist, wie man sieht, in nur bester Gesellschaft!

## Brühl

Jahreshauptversammlung des deutschen Freidenkerverbandes. Zwei Entschleunigungen wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die erste richtet sich gegen Polizeiwillkür und das Flugblattverbot des Preußischen Innenministers, die zweite gegen den Artikel vom 16. Oktober, in dem Genosse Sievert in nicht mißzuverstehender Weise gegen die SAP Stellung nimmt. Die Quittung für die Interesslosigkeit der SPD-Genossen gab die Versammlung dadurch, daß nur SAP-Genossen in den Vorstand gewählt wurden. Ein Aufruf der SAP zur Bildung einer parteipolitisch neutralen proletarischen Einheitsfront wird von der Mehrheit begrüßt.

## Neuß

„Eiserne Front oder proletarische Einheitsfront?“ so lautete das Thema, über das Genosse Sternberg sprach. Genosse Sternberg führte aus, daß diese Frage zugleich die in sich schließt: Wie muß sich das Proletariat gegenüber der faschistischen Gefahr verhalten? Er kennzeichnete die ökonomische Situation und geißelte den ungeheuerlichen Lohnraub, den das Monopolkapital in der Krise vorgenommen hat. Nach einer Analyse der faschistischen Bewegung ging Genosse Sternberg auf das Verhalten des Proletariats ein und unterstrich die Tatsache, daß die SPD nicht mehr nur reformistisch, sondern sogar nationalistisch geworden ist, daß sie auf der anderen Seite der Klassenfronten steht, daß sie zum Steigbügelhalter der Konterrevolution geworden ist. Auch in der Frage des imperialistischen Krieges steht die SPD auf der Seite des Weltkapitalismus. Zum Schluß stellte Genosse Sternberg die falsche Taktik der Kommunisten klar und rief zur Bildung der roten Einheit. Nach einer sehr sachlichen Diskussionsrede eines kommunistischen Genossen behandelte der Referent im Schlußwort die Frage der revolutionären gewerkschaftlichen Aktion. Er wies auf den ganzen Ernst der Lage hin und erklärte: Die Entscheidung lautet nicht nur entweder Kapitalismus oder Sozialismus, sondern es gibt auch noch ein Drittes: „Die Barbarei“. Ein Sieg der Konterrevolution in Deutschland ist gleichbedeutend mit dem imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion, dem Sieg der Reaktion in der ganzen Welt und der Barbarei. Ein Sieg der Revolution in Deutschland aber bedeutet Sieg der Weltrevolution. Die Versammlung (auch die zu ein Drittel anwesenden kommunistischen Genossen) stimmte den Ausführungen des Referenten begeistert zu und sang zum Schluß die Internationale. Diese Versammlung war ein großer Erfolg. Nach Jahren gegenseitigen Ausspielens endlich ein Schritt zur Klassenfront!

Auf einer Erwerbslosenversammlung, die vor einigen Wochen von der KPD einberufen worden war, wurde ein Ausschuß gewählt, in

## SAP

### Bezirk Württemberg

Bezirksparteitag am Sonntag, dem 28. Februar, in Stuttgart, Metallarbeiterheim, Kanzleistr. 33. Beginn: 9 Uhr vormittags.

#### Tagessordnung:

1. Referat des Genossen Fritz Rück-Berlin über „Unser Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse“.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Anträge.
4. Parteitag der SAP.
5. Landtagswahl.
6. Unsere Stellung zur KPO.
7. Anträge.
8. Verschiedenes.

Die Namen der gewählten Delegierten sind unverzüglich der Bezirksleitung mitzuteilen. Gäste der SAP und des SJV haben Zutritt gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte.

Bezirk Württemberg der SAP.

i. A.: Albert Schmidt.

dem neben KPD-Genossen und Indifferenten auch zwei SAP-Genossen saßen. Dieser Ausschuß hatte zu einer Einheitsfrontversammlung der Erwerbslosen aufgerufen. Es sprachen die Genossen Eichhorn von der KPD und unser Genosse Ammann-Köln. Genossin Eichhorn kennzeichnete die Rolle der SPD, konnte aber auch einige Stiche gegen die SAP nicht unterdrücken. Demgegenüber umriß Genosse Ammann die Aufgabe des Proletariats als Klasse gegenüber dem Anatum der faschistischen Mörderbanden der Bourgeoisie. Er wies die Angriffe der Genossin Eichhorn gegen die SAP zurück und erklärte die Bildung der Klassenfront für notwendig. Aus diesem Grunde trat er auch für Thälmann als den proletarischen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl ein. In der Diskussion sprachen ein KPD-Genosse und ein Syndikalist. Es sei noch erwähnt, daß auch die SPD und die Gewerkschaften eingeladen waren, aber natürlich gekniffen hatten. Die Bonzen wissen, wohin sie gehören. Zum Schluß wurde ein Einheitskomitee der Erwerbslosen gegründet, in dem auch SAP-Genossen vertreten sind.

## Bacharach

Herr Staatsanwalt, Arbeit für Sie! Ein ehemaliger Weingutsbesitzer aus Bacharach heiratete 50jährig ein 18 Jahre altes Mädchen. Er suchte in den Zeitungen durch auffallende Anzeigen Haustöchter von 14—16 Jahren, zierlich und klein, am liebsten Vollwaisen. An einer dieser Haustöchter verging er sich. Auf Anzeige wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde er am 25. Februar 1930 zu 1 1/2 Jahren Gefängnis mit sofortiger Verhaftung verurteilt. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Nach vierjähriger Verhandlung vor der Großen Strafkammer Wiesbaden, wurde er zu 2 1/2 Jahren Gefängnis mit sofortiger Verhaftung verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Revision beim Reichsgericht ein, die im August 1931 verworfen wurde. Trotz der Härte der Strafe hat der Mann nun schon seit Wochen Urlaub aus dem Gefängnis, angeblich um seine Vermögensverhältnisse zu ordnen. Während der Prozeß wegen des Sittlichkeitsverbrechens lief, starb die junge Frau des Angeklagten unter merkwürdigen Umständen. Der „Bad Emser Anzeiger“ vom 2. September 1929 schrieb gleich nach dem Tode der Frau, daß sie unter merkwürdigen Umständen gestorben sei. Alle Bemühungen bei den Behörden, die Leiche auszugraben und untersuchen zu lassen, stießen bisher auf den heftigsten Widerstand. Die einwandfreie Todesursache soll Tuberkulose gewesen sein. Aber schon oft hat man erfahren, daß zuerst eine „einwandfreie Todesursache“ festgestellt wurde, später aber, als sich Verdachtsmomente ergaben und die Leiche ausgegraben wurde, andere Todesursachen festgestellt wurden. Auffällig ist, daß schon früher ein junges Mädchen, das die Geliebte des Weingutsbesitzers war, unter denselben auffälligen Umständen gestorben ist. Es muß nun auch öffentlich gefordert werden, daß diese dunkle Angelegenheit von den zuständigen Behörden endlich einwandfrei aufgeklärt wird.

## Rüsselsheim a. M.

Vertretersitzung der Kreisverwaltung des DMV. Die Vertretersitzung der Metallarbeiter des Wirtschaftsbezirks Mainz war sehr gut besucht. Nach einem Rückblick des Bevollmächtigten Piehler auf die Vorgänge in Wirtschaft und Politik erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Hier merkte man die Auswirkungen der Krise und des Lohnabbaues. Die Diskussion war sachlich, aber sehr scharf. Es wurden alle die Dinge gesagt, die der Bevollmächtigte nicht sagte und die dem Arbeiter einleuchtender sind als die ihm vorgetragenen Utopien. Alle diese Dinge und innerorganisatorische Fragen nahmen die Zeit so in Anspruch, daß für den Punkt „Eiserne Front“ keine Zeit mehr war. Die Vertretersitzung mußte ohne Stellungnahme dazu beendet werden.

## Organisationsnachrichten

Genossin Angelika Balabanoff, Paris, spricht Mittwoch, 24. Februar, abends 8 Uhr, im oberen Saal des Volkshauses in Düsseldorf, Filzengstr.: Donnerstag, 25. Februar, in Ratingen im Lokal Rossleubroich; 26. Februar in Hamburg. Thema: „Droht ein neuer Weltkrieg? Welche Aufgaben hat die SAP?“

Bund der freien Schulgesellschaften, Ortsgruppe Düsseldorf: Jahresversammlung, Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Lokal Betz, Kardplatz. SAP, Ludwigshafen: Vertrauensmännerseitzung, 26. Februar, 20 Uhr, im Lokal Prior, Unsere nächsten Aufgaben (Ref. eGenosse Lott, Obmann). Stellungnahme zur Generalsekretärsitzung.



## SPD für Groener

Wie die Telegraphenunion meldet, wird der Erlaß des Reichswehrministers über die Einstellungen in die Reichswehr während der Reichstagsitzung durch eine neue Erklärung erläutert werden. Diese Erklärung, von der noch nicht feststeht, ob sie der Reichswehrminister Groener abgeben wird, oder aber der Reichskanzler persönlich, wird, wie versichert wird

natürlich nicht den Sinn des Erlasses in sein Gegenteil verkehren,

sondern sie wird die Mißverständnisse (!) auszuräumen haben, die sich an diesem Erlaß geknüpft haben. Es werde sich darum handeln, noch einmal einwandfrei klarzustellen, daß für die Einstellungen in die Reichswehr lediglich die Persönlichkeit des einzelnen und seine Eignung für den Wehrberuf maßgebend sei, nicht seine Parteizugehörigkeit.

Diese Erklärung, deren Kautschukartigkeit man sich schon vorstellen kann, soll ein Zuckerplätzchen für die SPD sein. Aber das wäre nicht einmal nötig gewesen, denn Sollmanns „Rheinische Zeitung“ schrieb bereits am Sonnabend:

Die Sozialdemokraten denken nicht daran, den plumpen Trick der Hugenberger und Frick-Leute durch Annahme von Mißtrauensanträgen zu unterstützen.“

Mit anderen Worten: Die SPD wird gegen Mißtrauensantrag gegen Groener stimmen, sie unterstützt im Namen der „Demokratie“ den Mann, der den Nazis die Reichswehr öffnet. Denn so, meint Sollmann, „nützt man dem deutschen Arbeitsvolk am besten!“

## Den Bock zum Gärtner

### Ausländisches Urteil über Groener

Die „Prager Presse“ beschäftigt sich in ihrem Leitartikel vom Sonntag mit Groeners Schreiben über die Entpolitisierung der Jugend. Sie spricht von der nationalistischen Verseuchung der deutschen Schulen und stellt mit Recht fest: „Von dieser Schuld sind nicht einmal die Länderregierungen freizusprechen, in denen der „Linkskurs“ vorzuherrschend schien, wie z. B. die preussische. Dabei braucht man nicht nur an das „Wirken solcher Organisationen wie des „Verains für das Deutschum im Auslande“ zu denken, sondern auch an die Duldung ausgeprägter nationalistischer Lehrer und tendenziöser Schulbücher.“

Am Schluß dieses Artikels heißt es: „Da Groener sich an Hitler und Hugenberg mit der Frage wendet, was zu tun sei, um die Jugend von der Politik — und das heißt jetzt in Deutschland von Mord und Totschlag! — fernzuhalten, so ersucht er den Bock um ein Gutachten über Gartenkultur.“

In bürgerlich-demokratischen Kreisen des Auslandes sieht man wieder einmal besser, was in Deutschland gescheit wird, als innerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle.

## Ein interessantes Eingeständnis

Der Bezirk Zwickau-Plauen der SPD hat von Anfang an die Taktik verfolgt, uns als jämmerliches Häufchen zu bezeichnen, das der alleinseligmachenden Völkerbefreienden nicht den geringsten Abbruch tun kann. Nun hat aber der Vorsitzende des 1. Unterbezirks, Kautzsch, nach dem Bericht des „Sächsischen Volksblatt“ auf der Unterbezirkskonferenz mitgeteilt, daß die „beabsichtigte Spaltung“ der Partei immerhin um 20 Prozent ihrer Mitglieder gebracht hat. „Unsere Jugend“, heißt es in dem Bericht weiter, „hat durch die Treibereien der Spalter am meisten gelitten. Mit wenigen Ausnahmen wurden alle Gruppen der Kinderfreunde von der Spaltung erschüttert.“

In Wirklichkeit sind die Zahlen natürlich noch viel zu niedrig. Die Jugend und die Kinderfreunde sind fast überwiegend der entschiedenen sozialistischen Politik des Zwickauer Bezirks treu geblieben und zum SJV übergegangen. Wenn man in Rechnung stellt, daß diejenigen Genossen, die die SPD verlassen haben, den

### gesamten Funktionärkörper

— mit Ausnahme der paar „Spitzen“ — ausmachen, so ist der Katzenjammer verständlich, der trotz aller Tiraden auf die „Eisener Front“ aus dem Bericht des Unterbezirksvorsitzenden spricht.

## „Freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift...“

Leipzig, 22. Februar 1932

Die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Leipzig ist vom Polizeipräsidenten auf acht Tage verboten worden. Das Verbot erfolgte, weil über eine Besprechung von Behörden und Verbänden, die unter Leitung des Polizeipräsidenten wegen der Organisation des zivilen Luftschutzes stattgefunden hatte, angeblich wahrheitswidrige Angaben gemacht wurden, die, nach Inhalt und Form, geeignet seien, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden.

Streikbeschuß in der schwedischen Papierindustrie. Die Vertretung der Papierindustriearbeiter hat beschlossen, daß in acht Sulphat- und Zellstoff-Fabriken vom 23. Februar ab gestreikt werden soll.

# Bezirksparteitag Zwickau-Plauen

Am Sonntag fand in Planitz der Bezirksparteitag der SAP für Zwickau-Plauen statt. Folgende politische Resolution wurde dabei zur Abstimmung gebracht:

I. Der Bezirksparteitag begrüßt den Aufruf des Parteivorstandes, in dem zur Wahl Thälmann aufgefördert wird. Er bringt damit zum Ausdruck, daß dadurch trotz der Sabotageversuche der proletarischen Einheitsfront durch die KPD-Leitung die SAP ihren Willen zur Einheit in der proletarischen Klassenaktion sichtbar bekennt.

II. Der Bezirksparteitag erkennt, daß die Regierung Brüning die direkte Vorstufe des Faschismus in Deutschland ist. Sie hat nicht nur die Arbeiterklasse politisch entrechtet, sondern auch, durch die Diktatur des bürgerlichen Staates, mit Hilfe der Notverordnungen, die Verelendung der Arbeiterklasse ins Ungemessene gesteigert. Der Bezirksparteitag wendet sich mit dieser Erkenntnis entschieden gegen die von der Sozialdemokratischen Partei betriebene Politik des kleineren Übels, denn Brüning und Hindenburg ebenso wie Hitler sind Teile ein und desselben Systems, das die Verklammerung der Arbeiterklasse verweigert. Diese Erkenntnis zwingt zu einer Will-

nung der von der SPD, Reichsbanner und Teilen des Bürgertums gebildeten Eisener Front, die Tüchtigungsmannöver darstellt, durch das die Proletarier für den Vertreter der deutschen Großbourgeoisie, Hindenburg, an die Wahlurne gebracht werden sollen.

III. Durch die Aufstellung Hindenburgs als Präsidentschaftskandidaten soll der letzte Versuch gemacht werden, die Klassendiktatur der deutschen Bourgeoisie unter Aufrechterhaltung demokratischer Illusionen zu erhalten. Der Bezirksparteitag ruft alle Arbeiter zur proletarischen Einheitsfront auf.

Im übrigen bekennt sich der Bezirksparteitag zur politischen Resolution des Berliner Bezirksparteitages.

Der letzte Satz wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt, der übrige Teil der Entscheidung einstimmig angenommen.

Angenommen wurden folgende

### Anträge:

1. Der Bezirk Zwickau-Plauen fordert im Hauptvorstand der SAP Sitz und Stimme. Vorgeslagen wird der Gen. Hacke, Plauen.  
2. Dem Reichsparteitag wird die Wieder-

wahl des Genossen Max Seydewitz als ersten Vorsitzenden der Partei vorgeschlagen.

3. Zur Finanzierung der Delegation zum Reichsparteitag haben die Ortsgruppen pro Mitglied 10 Pfg. an die Bezirkskasse abzugeben.

4. Um im Bezirk einen Pressefonds für die Errichtung einer eigenen Zeitung zu schaffen, ist eine Pressefondsmarke im Werte von 20 Pfg. zu schaffen. Diese Marke wird den Mitgliedern vierteljährlich zum Kauf angeboten, den Besorgstellen monatlich. Die Marke soll von den Funktionären auch außerhalb der Parteiliederschaft vertrieben werden.

5. Im Interesse notwendiger einheitlichen Handels des Schutzbundes im Bezirk ist ein Bezirksführer zu ernennen, der Mitglied des Parteivorstandes der Partei wird. Dieser wird beauftragt, genaue Richtlinien aufzustellen und diese bereits am Sonntag, den 28. Februar, mit den Schutzbundführern aller Orte zu beraten und festzulegen.

Zwei weitere Anträge wurden von den Antragstellern ohne Abstimmung zurückgezogen.

Über den Verlauf des Bezirksparteitages im einzelnen verlaßt wir bezirksparteitages.

# Prozeß um Oesterreich

Berlin, 22. Februar 1932.

Die österreichischen Staatsanwaltschaften und die Geographie der österreichischen Republik für den „Anschluß“ andererseits sind die Gegenstände eines simplen Beleidigungsprozesses, der nach einem ergebnislos verlaufenen ersten Treffen vor Gericht heute vor dem Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Buß, in Moabit fortgesetzt wurde. Kläger ist der Schriftsteller Dr. Alexander Beßmerty, dem Rechtsanwalt Gerhard Weik zur Seite steht. Beklagt wird der prominente österreichische Sozialdemokrat und für Berlin zugelassener Führer der Eisernen Front, Dr. Mischler, der im Hauptberuf „Anschlußfreund“ ist und demgemäß das von „Oesterreich-Deutschen Volksbund“ herausgegebene Mitteilungsblatt redigiert. In diesem Blatt war ein Angriff gegen den Kläger Beßmerty gedruckt worden; Mischler hatte ihn, im Einvernehmen mit dem Jesuitenschüler Wasserbäck, der auch Pressechef und Sektionsrat bei der Berliner Oesterreichischen Gesandtschaft ist, verfaßt, um Beßmerty ungeschädlich zu machen. Dieser Beßmerty hatte nämlich der österreichischen Republik schwer geschadet, weil er, wie er sagt, wahrheitsgetreue Berichte über den Korruptionssumpf in der Nachbarrepublik veröffentlicht und diesen Berichten die Ueberschrift gegeben hatte: „Schluß mit Anschluß!“ Es handelte sich in diesem Artikel, der in der Zeitschrift des jungen Herrn v. Gontard (Sohn des Bullerjahn-Gontard, einer bekannten „Vertrauensperson“ der Polizei) „Neue Revue“ erschienen war, wie gesagt, um Mitteilungen über Korruptionserscheinungen in Oesterreich. Und der Herr Sektionsrat Wasserbäck, der heute unter Verzicht auf gewisse Exterritorialrechte als Zeuge erschienen war, meint davon: „Selbst wenn diese Mitteilungen wahr wären, hätte der Dr. Beßmerty sie nicht veröffentlicht dürfen. Wirtschaftsskandale gibt es heute überall...“

Im übrigen bestritt er auftragsgemäß die Wahrheit der Mitteilungen Beßmertys. In der Komödie an sich gab es noch eine zweite Komödie. Der „Neue Revue“-Herausgeber v. Gontard hatte für richtig gehalten, die bewährten journalistischen Grundsätze gleichfalls neuen Gesichtspunkten zu opfern, und darum hielt er sich für berechtigt, den drohenden Oesterreichern das Pseudonym seines Mitarbeiters preiszugeben. Darüber war es zu einem Verfahren vor dem Schutzverband Deutscher Schriftsteller gekommen, und im Verlauf dieses Verfahrens schrieb der junge Herr dem Schutzverband einen Brief, in dem er behauptete, daß er nicht gezwungen werden könne, das Geheimnis und die Ehre der Hintermänner seines Mitarbeiters zu bewahren. Dieser Brief ist auf bisher unaufgeklärte Weise in den Besitz der Partei Wasserbäck-Mischler geraten. Vor Gericht wollte der junge Gontard unter seinem Eide sich an absolut nichts entsinnen. Der Anwalt der Oesterreicher, Professor Schachian, hielt ihm vorgelesen entgegen, daß er es einmal mit der Wahrheit nicht ganz genau genommen haben könnte, entweder in seinem Brief an den Schutzverband, um sich von der lästigen Sache zu befreien, oder jetzt vor Gericht, unter seinem Eide. Gewisse Stellen des Briefes zwangen durchaus zu dem Schluß, als ob er sich von den unehonorigen Motiven seines Mitarbeiters überzeugt hätte. Heute weiß v. Gontard bloß noch, daß ihm das Wissen um solche angeblichen unlauteren Motive Beßmertys vom Sektionsrat Wasserbäck telephonisch übermittelt worden sei. Er habe jedoch nie daran geglaubt... Wie man sieht, ist das ein feiner Herausgeber.

Dan tritt noch ein Zeuge auf, Rechtsanwalt in Berlin, 34 Jahre alt, mit den Parteien weder

verwandt noch verschwägert, aber immerhin mit dem Klager von Kindesbeinen, oder vielmehr von Studentenbeinen, an befreundet. Ihm verdankt Beßmerty sein Material. Der Zeuge vertritt zwar beruflich einige Interessenten, aber es sind nur kleine Fabrikanten. Sagt er. Es geht hier wesentlich um Mineralwasser, dessen Herstellung in Oesterreich Staatsmonopol ist. Der Zeuge sagt von sich, daß er ein leidenschaftlicher Freund des gekränkten Rechtes sei und daher einen „Kampf ums Recht“ führe; augenscheinlich ist das nächste Objekt dieses Kampfes ums Recht das österreichische Mineralwasser. Das geht wieder dem Wasserbäck und seinem Mischler gegen den Strich. Wasserbäck meint ja auch, daß Korruption keine besondere österreichische Erscheinung sei — und da dürfte er wohl recht haben.

Jedenfalls ist der Prozeß noch nicht entschieden. Die Partei Wasserbäck-Mischler ließ ein handschriftlich von Herrn Reichstagspräsidenten Loebe aus Mergentheim an Mischler gerichtetes Schreiben zirkulieren, worin Loebe, auch ein bewährter Anschlußfreund, dem Dr. Mischler seine Anerkennung für Wasserbäck-Mischlers „tapferes Verhalten“ vor dem Anschlußfeinde ausspricht.

So gehen die Prozeßbeide her und hin, und vorläufig ist noch kein Ende abzusehen. Der Amtsgerichtsrat Buß spricht so viel, wie man von ihm gewohnt ist, und hat nur einen Höhepunkt, als er über einen Antrag des Verteidigers der Oesterreicher, Professor Schachian, entscheidet, man möge eventuell einen journalistischen Sachverständigen für die Klärung der Frage heranziehen, inwieweit die Beauftragung eines Journalisten mit der Austragung wirtschaftlicher Interessengegensätze noch etwas mit „Journalismus“ gemein habe. Eines solchen Sachverständigen — erkläre Buß — bedürfe es nicht. Er sei an allein genug Sachverständiger. Er mag an den großen Ullsteinprozeß denken, wo er ebenfalls — entgegen allem Brauch und gegen die Meinung sehr gewichtiger journalistischer und juristischer Faktoren — entschieden hat, daß die Beauftragung eines Journalisten durch die Familie Franz Ullstein zu Angriffen gegen Georg Bernhard (mit dem Ziel, den Kläger Franz Ullstein in seine beherrschende Verlagsposition wieder einzusetzen) durchaus vereinbar sei mit journalistischen Grundsätzen und es auch dann bleibe, wenn der betreffende Journalist auch noch von seiten seines Auftraggebers gesondert honoriert worden sei.

So schafft Amtsgerichtsrat Buß ein neues, merkwürdiges Presserecht. K a s s a n d e r.

## Bundesgenossen der SPD

Berlin, 22. Februar 1932

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse stellt folgendes mit: Es hat sich ein Kuratorium der Hindenburg-Ausschüsse gebildet, dem folgende Persönlichkeiten angehören: Oberpräsident a. D. von Batocki-Königsberg i. Pr., Franz Behrens, Vorsitzender des Verbandes ländlicher Arbeitnehmer, Berlin, Robert Bosch-Stuttgart, Generalrat Duisburg, Leverkusen, General der Infanterie a. D. von Eisenhart-Rothe, Berlin, Forstrat a. D. Escherich, München, Landrat a. D. Gereke, M. d. R., Oberbürgermeister Dr. Sahn, Berlin, Oberst a. D. Seiber, München, Reichsgerichtspräsident a. D. Simons, Berlin, Graf Westarp, M. d. R., Berlin, Freiherr von Wilnowski, Mariental, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Berlin.

## Kommunistischer Schwindel

Der Genosse Ziegler in Breslau, Reichstagsabgeordneter der SAP, erhielt von Berlin die Abschrift eines Versammlungszettels zugesandt, der folgenden Wortlaut hat:

„An alle Werktätigen!

Wähler-Versammlung!

am Freitag, dem 12. Februar 1932, findet um 19<sup>15</sup> Uhr im Lokal Mann, Reinickendorf-Ost, Hauptstr. 32

eine öffentliche Versammlung statt.

Thema: Eiserne Front! Gegen Arbeiterfront gegen „Eiserne Front“! Gegen faschistische Diktatur von Weis bis Hitler! Für den Arbeiterkandidaten Thälmann! Gegen den räuberischen Krieg Japan-China!

Referent: Reichstagsabgeordneter Ziegler. Gegen den mordenden Faschismus gilt es die „rote Einheitsfront“ zu schmieden. Wir fordern deshalb alle Arbeiter und Werktätigen auf, zahlreich zu erscheinen.

KPD.

Reinickendorf-Ost.“

Da es gegenwärtig nur einen Reichstagsabgeordneten namens Ziegler gibt, so fragt der Berliner Gewährsmann Zieglers an, ob er tatsächlich in dieser Versammlung geredet hat oder ob mit seinem Namen Mißbrauch getrieben worden ist. Ziegler hat darauf geantwortet, daß es sich um einen frechen Schwindel und um Mißbrauch seines Namens handelt.

Es ist recht interessant, daß man den Genossen Ziegler in der kommunistischen Presse, in Flugblättern und Versammlungen mit fanatischem Haß attackiert und gleichzeitig durch Mißbrauch seines Namens politische Geschäfte zu machen versucht. Was sagen die kommunistischen Arbeiter dazu?

# Phrasengas über Berlin

Der letzte Sonntag stand im Zeichen der Trauer um jene Männer, die im Weltkriege den Rüstungsindustrie-Aktien zum Opfer fielen. Der kapitalistische Profit ist es schon wert, daß man, bis zum nächsten Kriege, jedes Jahr an einem Tage der Toten gedenkt.

Besonders bemerkenswert war eine Rede des „evangelischen Feldpredigers des Heeres und der Marine“, D. Schlegel, die dieser im Rahmen einer Gedenkfeier des „Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge“ im Plenarsitzungssaal des Reichstages hielt. (Anwesend war auch der Präsidentenkandidat der Eisernen Front.) D. Schlegel vernebelte nicht ohne Erfolg die Atmosphäre mit folgenden charakteristischen, nichtssagenden Kautschukreden: „Opfer und Vaterland, — höheres Gut, Blut besiegt. Dennochglauben, des Vaterlandes Gebot, heilige Zukunft, um heilige Erneuerung in tiefster deutscher Seele.“

Nur einmal schob sich die Nebelwand beiseite, als D. Schlegel diese rührende Bemerkung den ergriffenen Zuhörern aufschob:

„Dem lebendigen Geist unserer Toten“ — so stand es eines Jahres über der Freitreppe des Reichstages, von der aus wir die Gedenkfeier der ersten Kriegsergebnisse bingen. Dabei legte der erste Reichspräsident einen Lorbeerkranz an dem Sarkophag nieder. Er tat es mit Tränen. Das Geheimnis dieser Erschütterung verrät uns ein Zwiesgespräch. Bei Beginn seines Amtes bat ihn einer: „Ich lege Ihnen Deutschland ans Herz“, und er antwortete: „Ich habe zwei Söhne für Deutschland geopfert.“

Übrigens hören wir, daß besagter Ebert Sozialdemokrat war, also einer Partei angehörte, von der Uebelwollende behaupten, daß sie sich erfolgreich die Diskreditierung der Marxschen Lehre bemühe. Wozu es allerdings nicht mehr dieses Beweises bedurfte.

## Um die Biersteuerreform

Befürchtungen in Süddeutschland

TU. berichtet aus München:

Zu den Berliner Verhandlungen über die Reform der Biersteuer wird von gut unterrichteter Seite geschrieben, bei diesen Verhandlungen seien Pläne zutage getreten, deren Verwirklichung das gesamte süddeutsche Brau- und Gastwirtsgewerbe vernichtend treffen würde. Diese Bestrebungen zielten darauf hin, die Gemeindegeldsteuer völlig fallen zu lassen und zum teilweisen Ausgleich die Reichsbiersteuer um 2 oder 3 Mark zu erhöhen. Da in Norddeutschland die Gemeindegeldsteuer ziemlich allgemein 10 Mark betrage, so würde sich nach diesen Plänen für das norddeutsche Brau- und Gastwirtsgewerbe eine Senkung der gesamten steuerlichen Belastung des Bieres um etwa 7 bis 8 Mark ergeben. In Bayern und auch in den übrigen süddeutschen Staaten sei die Auswirkung einer derartigen Biersteuerreform jedoch eine völlig andere. Von den 7000 bayerischen Gemeinden beispielsweise hatten nur 1686 eine gemeindegeldfreie Biersteuer mit 3 Mark und 58 eine solche über 5 Mark. Die restlichen 6000 Gemeinden hatten nur eine gemeindegeldfreie Biersteuer in Höhe von 2 bis 2,50 Mark. In Ausnahmefällen, die ohne Gemeindegeldsteuer auszukommen vermögen. Der gezeichnete Biersteuerreformplan würde in Bayern überwiegend statt zu einer Verminderung zu einer Erhöhung der Biersteuer und damit des Bierpreises führen. Daraus ergäbe sich schon mit aller Deutlichkeit, daß derartige Pläne für Bayern und auch für die übrigen süddeutschen Staaten, bei denen die Verhältnisse ähnlich liegen, völlig untragbar seien.

## Böse Beispiele . . .

Lohnabbau auch in der Schweiz

Im Rahmen eines Vortrags über „Inflation und Deflation“ erklärte der Schweizer Bundesrat Musy, das Schweizer Volk werde sich damit abfinden müssen, nicht nur weniger zu verdienen, sondern mehr zu sparen, d. h. einfacher zu leben. Das eidgenössische Finanzdepartement sei daher der Meinung, daß ein

Abbau der Löhne im Sinne einer Neu-  
anpassung am Platze sei,

und zwar sowohl für das eidgenössische Personal als auch für dasjenige der Privatindustrie.

Dazu bemerkt die sozialdemokratische „Ber-  
ner Tagwacht“ mit Recht:

„Herr Bundesrat Musy hat dabei nur eins  
vergessen:

das deutsche Beispiel.

Die Regierung Brüning hat das Rezept Musy  
widerholt versucht, hat wiederholt Löhne  
und Preise gesenkt, Deutschland hat  
heute direkt Schleuderspreise und  
Lebenslöhne — und ein größeres  
Elend denn je! Gefährlich ist die In-  
flation, ganz richtig, Herr Musy, gefährlich  
aber ist auch der Weg, den die Regierung  
Brüning ging.“

## Blaue Bohnen gegen Hunger

WTB. Ungvar, 19. Februar 1932

In dem durch kommunistische Agitation  
stark beunruhigten Karpatenbezirk  
Pereh wurde eine Gendarmerieabteilung von  
einer etwa 300 Personen zählenden Menge  
umringt, die die Gendarmen zu entwaffnen  
suchte. Die Angreifer, zumeist junge Leute,  
gaben Revolverschüsse auf die Gendarmen  
ab. Ein Stabwachtmeister machte gegen  
zwei Personen, die ihn mit Heugabeln an-  
griffen, von der Schußwaffe Gebrauch und  
streckte einen der beiden Angreifer tot  
nieder. Mehrere Demonstranten wurden ver-  
letzt, darunter zwei schwer; sie wurden nach  
Ungvar ins Krankenhaus gebracht. (Über die  
furchtbaren Zustände in diesem Gebiet, dem  
sog. Karpatenland, haben wir vor kurzem  
berichtet. Aber „kommunistische Agitation“,  
— das ist bequemer als Hilfe! Red.)

## Das Wichtigste



Das ist eine „Goethe-Reliquie“: der Karlsbader  
Trinkurheber Goethes. Er wurde jetzt  
vom Verkehrsbüro der deutsch-böhmischen  
Bäder in Berlin ausgestellt, sozusagen als Auf-  
fakt zu den weiteren „Ehrungen“, die das  
Goethejahr bringen wird. Es scheint, daß die-  
ses für Professor Pazaurek in Stuttgart um-  
fassende Möglichkeiten zur Bereicherung seines  
Kitschmuseums bringen wird

## Auf dem Rost

# Der „Consul“

Der ehemalige Korvettenkapitän der Kai-  
serlichen Marine Hermann Ehrhardt, einst der  
komische Held des Kapp-Dutschke und heute  
der Bravo der deutschen Kapitalisten, da-  
zwischen aber der Begründer und Führer der  
berühmtesten Organisation „Consul“, aus deren  
Reihen heraus die Morde an Matthias Erz-  
berger und Walter Rathenau, der Mord-  
anschlag auf Scheidemann und der auf Harden  
verübt worden sind, laßt in seinem (seinem?)  
„Montagsblatt“ strafend darauf hinweisen, daß  
ein Verlag jetzt schon die zweite Folge von  
Briefen des verstorbenen Rathenau heraus-  
gibt, daß das gar kein richtiges Buchhand-  
lerisches Geschäft sein könne, weil Rathenau  
langst vergessen sei und daß hier sicherlich  
irgendeine Rathenau-Gedächtnisstiftung ihre  
Hände im Spiel habe, die auch dem Buch-  
händler wohl das Risiko seines Geschäfts ab-  
nehme. So weit, so schön. Auch wir finden  
den seligen Rathenau weitaus überschätzt,  
jenen Industriehelden, den seine Arbeiter den  
„Jesus mit der Bügelfalte“ zu nennen pflegten.  
Und der Wochenblättern-Herausgeber Ehr-  
hardt, der auch zum Beweis seiner These von  
der Überschätzung Rathenaus einen Satz aus  
dem Nekrolog Hardens zitiert, „der Rathenau  
durch und durch kannte“, sagt schließlich  
selbst:

„Die Attentäter haben nun aus ihm einen  
Martyrer gemacht, dessen Name daher heute  
noch Erinnerung weckt, besonders wenn  
gute Freunde und interessierte Kreise  
dauernd bemüht sind, sie wach zu halten.  
Ohne das Attentat wäre er bald und schon  
bei Lebzeiten ein vergessener Mann ge-  
wesen . . .“

Die Attentäter Kern und Fischer starben  
bekanntlich, auf der Burg Saaleck von der  
Polizei gestellt, mit einem Hoch auf den Ka-  
pitän Ehrhardt auf den Lippen. Der spekuli-  
ert nun auf das kurze Gedächtnis der Mit-  
lebenden. Aber noch wissen sie, daß diesen  
Ehrhardt die ganze intellektuelle  
Verantwortung für die feigen  
Morde trifft, für den an Erzberger sowohl,  
der heute noch ungesühnt ist, wie auch für den  
an Rathenau. Der alte Kaperfahrer, der so  
gut zu zitieren weiß, spekuliert abermals auf  
das schlechte Gedächtnis der Mitlebenden. In  
dem Nekrolog auf Rathenau hat Harden die  
Mörder und den Führer der Mörder, den Ka-  
pitän Ehrhardt, den geheimnisvollen „Consul“  
angedeutet, nachdem er zuvor alles aufgezählt,  
was die Ermordeten mit seinen Mördern poli-  
tisch verband: „Diesen, der euch in wankender  
Welt ein Hort sein wollte und konnte, habt  
ihr, dumme Schufte, gemeuchelt.“

Dies Wort ging auf den Führer der Orga-  
nisation „C“, ging auf den Kapitän A. D.  
Ehrhardt. Es ist heute doch vielleicht wieder  
nützlich, die Skizze Hardens zu beleben, um  
den Lesern zu zeigen, wie der Mann beschaffen  
war, dessen Namen der Kapitän Ehrhardt  
vergessen wünscht. Harden schrieb am  
1. Juli 1922:

„Niemand irrte Niedertracht toller als in  
der Schandtat, die am Johannistag den Leib  
des Ministers Rathenau zerlegt hat. Dieser  
Mann war im Innersten ein Republikaner,  
wie auch ein Demokrat. Der bitterste  
Schmerz seines Lebens war, daß er, trotz  
eifrigster Dienstleistung im Gardekurassier-  
regiment, nicht ins Offiziersexamen zuge-

lassen worden war; und diese Wunde ver-  
urteilte erst spät, unter mühsam errungenen  
hohen Preußenorden, so hohen, wie nur Ge-  
nerale, Minister und Günstlinge sie erhielten  
und die er in stolzer Wonne trug . . . .  
warb er um Wilhelm und strebte, seit ihm  
der launische Imperator, schon zwei Jahre  
vor dem Kriege, mahlich entgilt, in den  
Glanz der künftigen Sonne zu gelangen. Als  
er vom Kronfiskus den Edelsatz Freienwalde  
kauft, bedang er das Recht, ihn auch fortan  
„Königliches Schloß“ zu nennen, machte ein  
„Arzt, einem Laube-Museum Ähnliches dar-  
aus und erzählte strahlend, in diesen Räumen  
habe ihm der Herr von Oldenburg aus Janu-  
schau gesagt, im Grunde sei ihr politisches  
Wollen durchaus vereinbar . . . . Dem  
Doktor Rathenau graute vor der „Masse“.  
Er verachtete das Gemimmel deutschen Volkes  
von gestern und heute, konnte sich in  
dessen Verböhnung oft selbst kaum ge-  
nügen; bewunderte aber . . . die „kleine  
Zahl blonder Herren“ . . . Er schrieb:  
„Macht und Ideen sind noch niemals von  
anderen als aristokratischen Völkern in die  
Welt gesetzt worden.“ Schrieb 1913 preu-  
ßisch-patriotische Verse, die er mich hier  
zu veröffentlichen hat. Nannte „kriegerische  
Auflehnung das einzige Mittel gegen fried-  
liche (kommerzielle) Unterjochung“ und war  
drum jahrelang für Praeventivkrieg. Bis  
in den Hochsommer 1918 verkündete er wie  
immer eifrig taub gegen Tatsachen,  
triumphalen Endsieg der deutschen Waffen  
. . . Im Oktober riet er zur Fortsetzung des  
Krieges, die doch nur in ein unerreutes  
Cannae, nur in Vernichtung Hunderttau-  
sender durch die vom Feind gehäuften Gift-  
gase und Tanks münden konnte . . . Jahre  
lang blinder Bewunderung des Generals  
Ludendorff, in dem er nicht nur den  
ragenden Kriegstechniker, nein, den größten  
Feldherrn und Staatsorganisator Deutsch-  
lands, sein in Fleisch und Blut erstandenes  
Preußenideal sah . . . Sein scharfer Prak-  
tikerverstand und die stete Furcht, auf die  
„falsche“ Seite zu setzen, in ein Boot zu  
steigen, das kentern müsse, ließ ihn, erst  
spät, erkennen, daß Demokratie notwendig,  
Republik fürs Nächste unvermeidbar ge-  
worden sei; und in ihren Dienst nun seine  
ungemeinen, von der Monarchie trotz allem  
Werben, verschmähten Kräfte zu stellen,  
war seines Strebens Ziel, hinter dem er, im  
Befehlen Seligkeit empfindend, sogar den  
Groll gegen „dieses Volk“ vergaß. Doch  
tausendmal lieber als einer Republik wäre  
er eines Kaisers Minister gewesen . . . Was  
hier Revolution hieß, schreckte, ekelte ihn,  
als Grauel, und sein anezogener „goethe-  
scher Ordnungssinn“ bangte noch hinter  
Wächter, Panzertür, Diener, vor ersterem  
Umsturzversuch, der nach den „Ausbeuter-  
willen“ das Staatsgefüge zertrümmern werde  
. . . Er hätte, er hat jede Versöhnung der  
Monarchisten, jede Sozialität mit ihnen be-  
zweifelt; hat den armen Kapp, von dessen  
Kumpanei er den Übergang in ehrlich kon-  
stitutionelles König- und Kaisertum . . . er-  
wartete, als legitimen „Herrn Reichskanzler“  
begrüßt und in der immerhin beträchtlichen  
Zeitspanne seiner Ministerschaft, die ja fast  
Kanzlerschaft war, nichts, nicht das Aller-  
geringste, zu Anpflanzung, Kräftigung re-  
publikanischen Geistes, zur Entwaffnung der  
solchem Geist todsfeindlichen Mächte getan.“

So war Rathenau. Und Ehrhardt hat  
heute noch nicht begriffen, was seine jungen  
Leute anrichteten, als sie „die Judensau“ um-  
legten!

## Freie Wirtschaft muß erhalten bleiben

In der jüngsten Hauptausschuß- und Vor-  
standssitzung des Reichsverbandes der  
deutschen Industrie erklärte Geheim-  
rat Kastl im Rahmen seines Referats über  
„Wirtschaftsnot und Kreditnot“, an die Re-  
gierung sei die Mahnung zu richten, daß sie  
sich künftig von Eingriffen in die private  
Rechtssphäre grundsätzlich fernhalte. Zur  
Wiederherstellung des Vertrauens in die unter-  
nehmerischen Kräfte müsse vor allem das

freie Spiel der Kräfte von Angebot und  
Nachfrage wieder zur Geltung kommen.

Auf dem Gebiete der Arbeitsbedin-  
gungen betonte Kastl erneut die Not-  
wendigkeit freier Vereinbarungen  
über den Arbeitslohn. Die Erfüllung  
dieser Forderungen bedeute keinen Angriff auf  
das Tarifvertragssystem (!), sondern nur ein  
Auflockern der Erstarrung, die dem Arbeit-  
nehmer nur den Verlust der Arbeitsstätte  
bringe.

Abg. Frowein wandte sich  
gegen jede Subventionspolitik  
der öffentlichen Hand.

auch soweit sie in Form von Steuererlei-  
cherungen aus arbeitspolitischen Gründen er-  
folgt.

Der Geschäftsführer des Reichsverbandes,  
Dr. Herle, warnte in seinem Referat über  
die Werksparkassenfrage davor, auf  
Grund einzelner Vorkommnisse überstürzte  
Maßnahmen zu ergreifen, womit er offenbar  
den sozialdemokratischen Antrag meinte.

Die alte Unternehmerthese, daß nur eine  
„freie“, vom Staat unbeflügelte Wirtschaft  
gedeihen könne, wird in neuester Zeit mit ver-  
stärkter Energie von allen denen vertreten, die  
nicht kurzfristig genug sind, um nicht zu  
sehen, daß trotz der Gegenwarts Vorteile, die  
die staatlichen Subventionen und Eingriffe dem

Kapital bringen, sich hier möglicherweise eine  
Entwicklung durchsetzt, die auch einmal in  
das Gegenteil umschlagen kann. In der  
Richtung der Ausführungen auf der Tagung  
des Reichsverbandes liegt auch ein Leit-  
artikel der „Deutschen Bergwerks-  
zeitung“, der sich mit der Banken-  
reform beschäftigt. Hier wird schlankweg  
geleugnet, daß von einem „Banken-  
problem“ überhaupt die Rede sein kann.

„Haben unsere Großbanken in normalen  
Zeiten nicht ganz ausgezeichnet ge-  
arbeitet?“

fragt das Blatt der Schwerindustrie empört.  
Die letzten Ereignisse reichen nach seiner  
Meinung nicht aus, um dem Staat Macht-  
befugnisse über die Banken einzuräumen. So  
ein bißchen Danat-Zusammenbruch, durch den  
Tausende von kleinen Existenzen ruiniert  
werden und das ganze Kreditssystem zum Erliegen  
kam — was ist das schon von der hohen Warte  
des Finanz- und Montankapitals aus gesehen?

Aber ganz so verlässlich scheint's mit der  
Gottähnlichkeit der Finanzmagnaten, die  
„ganz ausgezeichnet“ arbeiten, doch nicht zu  
stehen. Denn ein paar Zeilen weiter heißt's in  
dem gleichen Artikel:

„Man könnte sich in der Notzeit damit  
(der staatlichen Sanierung) sogar ausnahms-  
weise abfinden, wenn die Garantie bestände,  
daß damit Wesentliches erreicht würde. Das  
ist aber ganz sicher nicht der Fall. Denn  
wie lange wird es dauern, bis die sanierten  
Banken sich in derselben Lage befinden wie  
heute?“

Daß das gar nicht lange dauern wird, wenn  
der Staat weiter nichts tut, als seine Gelder  
in die bankerotten Unternehmungen hineinzu-  
stecken, meinen wir freilich auch. Darum muß  
die Arbeiterschaft sich den Widerstand,  
den das Kapital gegen die staatliche Sanierung  
leistet, zur Mahnung dienen lassen und mit

verstärkter Energie fordern, daß der Staat  
nicht nur die Pleiten sozialisiert,  
sondern ernsthafte Eingriffe in  
den Bestand des kapitalistischen  
Systems unter maßgebendem Ein-  
fluß des Proletariats vornimmt. Nur  
dann kann die blasse Furcht der Unternehmer,  
die aus diesen Äußerungen spricht, Wirklich-  
keit werden: nur dann kann ihr Herr-im-  
Hausetum beseitigt, und auf den Trümmern  
des Kapitalismus eine geordnete sozialistische  
Wirtschaft errichtet werden. Freilich: von  
Brüning sind solche Eingriffe nicht zu er-  
warten. Er ist nur darum besorgt, die staat-  
lichen Maßnahmen auf eine Hilfe für die Ka-  
pitalisten zu beschränken. Der Weg zu den  
notwendigen Ereignissen muß darum über ihn  
hinwegführen.

## Kstgänger des Reichs

Wie der Berliner M. M. meldet, behauptet  
sich hartnäckig das Gerücht, daß der Siem-  
enskonzern bei der Reichsregierung drin-  
gende Subventionswünsche angemeldet habe.  
Das steht weit und breit nirgendwo. Im Ge-  
gensatz zu der jüngsten Kundgebung der In-  
dustriellen gegen die Subventionspolitik, son-  
dern ist vor allem auch gar nicht mit der  
Tatsache zu vereinbaren, daß der Siem-  
enskonzern soeben noch einen Abschluß vor-  
gelegt hat, der eine Dividendenausschüttung  
enthält.

Übrigens wird jetzt bekannt, daß die  
Reichsregierung auch den Reedereien ihre  
Kassenschranke schon vor mehreren Wochen  
geöffnet hat, um diesen über eingetretene  
Finanzschwierigkeiten hinwegzuhelfen. —  
ad daß auch diese sich insgesamt auf 20 Milli-  
onen Reichsmark belaufenden Zuwendungen  
den Charakter von Subventionen haben. Für  
die Großen ist das Reich eben noch immer  
nicht arm genug, um ihnen nicht mit Milli-  
onen beizuspringen.

## Die neuen Arbeitsverträge in Sowjetrußland

Moskau, 22. Februar 1932.

Der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften  
und die Volkskommissariate der Leicht- und  
Schwerindustrie richteten angesichts der be-  
ginnenden Kampagne für den Neuabschluß der  
Kollektivverträge für das Jahr 1932  
an ihre örtlichen Organisationen Weisungen  
über die Durchführung dieser Kampagne. In  
ihnen wird darauf verwiesen, daß die Partei  
und die Regierung auf Grund der Erfolge der  
Industrie im Jahre 1931 für das laufende Jahr  
eine Steigerung der Industrieproduktion um  
36 Prozent, erhebliche Lohnerhöh-  
ung und Steigerung der Arbeitsproduktivität  
in Aussicht genommen hat.

Bei dem Abschluß der neuen Kollektiv-  
verträge soll die Leichtindustrie die Löhne  
um 11½ Prozent, die Schwerindustrie um  
18 Prozent spätestens am 1. April er-  
höhen.

Die Gehälter der Ingenieur- und Techniker-  
personals werden in beiden Industriegebieten  
durchschnittlich um 20 Prozent erhöht. Im  
Bereiche der Schwerindustrie wird in bezug  
auf das Lohnniveau der erste Platz der  
Eisenindustrie, wo die Löhne um  
29½ Prozent steigen, und der Kohlen-  
industrie, wo die Löhne um 27 Prozent steigen,  
eingeraumt. Gleichzeitig ist eine erhebliche  
Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine  
Herabsetzung der Gesteuerungskosten vorge-  
sehen. Die Fragen der Verbesserung der  
Arbeiterbelieferung mit kulturellen Einrich-  
tungen und der gesamten Lebenshaltung sollen,  
da sie unmittelbar mit den Fragen der Pro-  
duktion verknüpft sind, als wichtigste Fragen  
in der Kampagne zum Neuabschluß der Kol-  
lektivverträge gelten.

## Nestriepke dementiert

Dr. S. Nestriepke schickt der „SAZ“  
— reichlich verspätet — folgende „Berich-  
tigung“:

„In Nr. 27 der „SAZ“ vom 2. Februar 1932  
wird unter der Überschrift „Nestriepke  
klagt“ ein Prozeßbericht veröffentlicht. Darin  
heißt es: „Nestriepke beschwerte sich aufs  
bitterste, daß er und immer nur er für den  
Volksbühnenkurs verantwortlich gemacht  
werde. Aber . . . die wirklich Verantwortli-  
chen seien die Ordner, die seit 30 und mehr  
Jahren Mitglieder der Volksbühne sind.“  
Diese Behauptung ist un wahr. In Wahr-  
heit habe ich mich lediglich dagegen gewehrt,  
daß alles, was einem Kritiker an der Volk-  
bühne mißfalle, ohne weiteres mir unter-  
schoben würde. Ich habe im besonderen auf die  
Annahme des Moissischen Stückes „Der Ge-  
fangene“ verwiesen, festgestellt, daß mehrere  
Zeitungen mich für das Stück verantwortlich  
gemacht hätten, daß in Wirklichkeit ich aber  
gegen dieses Stück gewesen sei, während es  
die künstlerische Leitung des Theaters als  
erfolgversprechend empfohlen habe. Mit kei-  
ner Silbe habe ich die Ordner für verantwort-  
lich für einen von mir nicht gebilligten  
„Volksbühnenkurs“ hingestellt.

Der Artikel behauptet ferner, nach der  
Aussage Direktor Martins sei „Nestriepke  
der Exponent und Führer der Volksbühnen-  
reaktionäre“. Martin habe außerdem  
Nestriepke versteckt die Fähigkeit abgespra-  
chen Kunst und Kitsch unterscheiden zu kön-  
nen. Diese Behauptungen sind un wahr.  
Wahr ist, daß in den Aussagen Direktor Mar-  
tins derartige Vorwürfe nicht enthalten ge-  
wesen sind.“

Unser Berichterstatter bleibt demgegen-  
über bei seiner Darstellung. Was im beson-  
deren den letzten Passus betrifft, so hat Karl  
Heinz Martin bisher nicht dementi-  
ert.